



<http://www.laender-analysen.de/russland/>

RUSSLAND UND POLEN NACH DER TRAGÖDIE BEI SMOLENSK MEDWEDEWS MODERNISIERUNG

| | |
|--|----|
| ■ KOMMENTAR | |
| Die polnisch-russischen Beziehungen nach der Tragödie von Smolensk Von Kai-Olaf Lang, Berlin | 2 |
| ■ UMFRAGE | |
| Die russisch-polnischen Beziehungen und das Massaker von Katyn | 4 |
| ■ ANALYSE | |
| »Moderne Zeiten« – Bewegung in der russischen Politik? Von Hans-Henning Schröder, Bremen/Berlin | 7 |
| ■ ANALYSE | |
| Zur aktuellen Entwicklung im politischen System Russlands Von Robert W. Orttung, Washington | 11 |
| ■ DOKUMENTATION | |
| Ergebnisse der Parlamentswahlen in acht Regionen am 14.3.2010 | 15 |
| ■ UMFRAGE | |
| Über den Zustand und die Perspektiven der russischen Wirtschaft | 16 |
| In wessen Händen befindet sich die Macht in Russland? | 18 |
| Nach den Wahlen 2012: Was machen Putin und Medwedew? | 20 |
| Was ist wichtiger – Demokratie oder Ordnung? | 20 |
| Zehn Jahre Putin | 22 |
| ■ DOKUMENTATION | |
| Uhren, getragen von russischen Politikern 2009 | 26 |
| ■ CHRONIK | |
| Vom 1. bis zum 22. April 2010 | 28 |

*Die Russland-Analysen werden vom
Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft unterstützt.*

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft



Kommentar

Die polnisch-russischen Beziehungen nach der Tragödie von Smolensk

Von Kai-Olaf Lang, Berlin

Das Flugzeugunglück vom 10. April 2010 hat – überraschenderweise – einen positiven Schub für die polnisch-russischen Beziehungen gebracht. Es hat bereits jetzt dazu geführt, dass die polnische Gesellschaft mit einem neuen Blick auf den großen Nachbarn schaut, und so eine spürbare atmosphärische Verbesserung im gegenseitigen Umgang gezeitigt. Diese Entwicklung verstärkt die Entspannung im polnisch-russischen Verhältnis, die sich seit dem Regierungswechsel in Polen vom Herbst 2007 ergeben hat. Nicht zuletzt aufgrund günstiger internationaler und strategischer Rahmenbedingungen, etwa der versuchten Neuausrichtung der US-Politik gegenüber Moskau oder der Situation in der Ukraine dürfte sich der vorsichtige Aussöhnungs- und Kooperationsprozess zwischen beiden Ländern fortsetzen. Allerdings können nach wie vor bestehende Differenzen über Energiefragen, Sicherheitspolitik oder die Zukunft des nachsowjetischen Raums auch künftig Friktionen erzeugen.

Die unmittelbaren Konsequenzen der Katastrophe für die polnisch-russischen Beziehungen liegen vor allem in zwei Bereichen. Zum einen wurde in Polen die russischen Reaktionen auf das Unglück mit Aufmerksamkeit und großer Anerkennung wahrgenommen. Die polnischen Medien berichteten ausführlich von der Anteilnahme der Bürger von Smolensk, von Trauer- und Solidaritätsbezeugungen vor der polnischen Botschaft in Moskau oder von der einfühlsamen Berichterstattung der russischen Zeitungen. Es waren aber insbesondere konkrete Schritte der russischen Führung, namentlich die Gesten des russischen Premierministers Putin – etwa als dieser seinen polnischen Amtskollegen an der Unglücksstelle spontan umarmte –, von denen eine immense Strahlkraft ausging. Das Bild das so in der polnischen Öffentlichkeit in den Tagen nach dem Unfall entstand, war das eines authentisch mitfühlenden und mitleidenden, eines menschlichen Russlands.

Der Dialog über die Vergangenheit

Ein zweiter wichtiger Effekt der Tragödie von Smolensk betrifft den polnisch-russischen Dialog über die gemeinsame Vergangenheit. Mit der Revitalisierung der gemeinsamen »Gruppe für schwierige Angelegenheiten«, also einer Art politisch eingebettetem Forum für den verstärkten Austausch zu historischen Themen, und mit dem in Polen hoffnungsvoll aufgenommenen Auftreten Wladimir Putins während der Gedenkfeierlichkeiten zum Ausbruch des Zweiten Weltkriegs auf der Danziger Wes-

terplatte am 1. September 2009 war eine überraschende Dynamik in die bilateralen Diskussionen gekommen. Diese sollte durch die gemeinsame Zeremonie der beiden Regierungschefs, die am 7. April in Katyn anlässlich der siebzigsten Wiederkehr der Erschießung von 22.000 polnischen Offizieren durch den sowjetischen NKWD abgehalten wurde, fortgesetzt werden. Jedoch stieß noch die Rede Putins in Katyn in Polen auf ein geteiltes Echo. Zumeist sah man die Gedenkveranstaltung als einen wichtigen Schritt in einem mühseligen und langwierigen Prozess, in dem Russland sich nur zögerlich zu der von Polen gewünschten Aufarbeitung der eigenen Vergangenheit durchringen würde und von Russland noch bedeutende Schritte unternommen werden müsste (etwa die komplette Öffnung von Archiven). Die Flugzeugkatastrophe öffnete hier völlig neue Perspektiven. So sah man in Polen mit Erstaunen, dass Russlands Staatsfernsehen am Tag nach Smolensk Andrzej Wajdas filmisches Epos »Katyn« in der *Prime Time* sendete (zuvor wurde der Film nur in einem eher randständigen Kulturkanal gezeigt). Auch registrierte man verwundert, welch klare Worte Russlands Präsident Medwedew in einem Fernsehinterview zur Person Stalins fand, von dem er u. a. sagte, er habe Verbrechen gegen sein eigenes Volk begangen. Polens politische Führung wird sich gerade auch wegen der im Moment der Trauer erfahrenen Gemeinsamkeit nun noch stärker auf Formen gegenseitigen Gedenkens einlassen. Ein wichtiger Markstein wird dabei der 9. Mai sein. An den diesjährigen Feierlichkeiten in Moskau hätte wohl auch Lech Kaczyński teilgenommen. Nun kann Polens Präsenz sowie die angedachte symbolische Einbindung polnischer Soldaten und Veteranen in die Militärparade ein weiteres konstruktives Element für die »Erinnerungsarbeit« beider Länder sein.

Im Gegenzug zu den neuen Tönen in der russischen Reflexion von Katyn wird man sich in Warschau möglicherweise auch dem von Russland immer wieder thematisierten Schicksal von Soldaten der Roten Armee widmen, die infolge des polnisch-bolschewistischen Krieges zwischen 1919 und 1921 in polnischen Gefangenenern vorwiegend aufgrund unzureichender hygienischer und medizinischer Bedingungen umkamen. Denkbar ist etwa, dass entsprechende Soldatenfriedhöfe erneuert werden. Die politisch Verantwortlichen in Polen können solche Schritte nun im Bewusstsein großer gesellschaftlicher Akzeptanz unternehmen.

Die bilateralen Beziehungen in Perspektive

Wie wird sich der nun durch die Tragödie von Smolensk verstärkte polnisch-russische Geschichtsdiskurs längerfristig auswirken bzw. welche Richtung werden die bilateralen Beziehungen insgesamt einschlagen? Grundsätzlich wird das Verhältnis zwischen Warschau und Moskau seit einiger Zeit von einigen günstigen Faktoren geprägt.

Erstens will die in Polen nach den Parlamentswahlen von 2007 amtierende Regierung – in den Worten von Außenminister Sikorski – »Realismus statt ineffizienter Unnachgiebigkeit«. Auch wenn Russland an seinem teils von dem der EU abweichenden Wertesystem festhalte, müsse man mit diesem kooperieren, nötigenfalls müssten die gegenseitig vereinbarten »Spielregeln« ausreichen. Über diese an einer aktiven und weitgehend unbedingten Involvement Russlands interessierte Linie bestand bisher kein Konsens. Sie wurde vom Staatspräsidenten und der ihm nahe stehenden Partei Recht und Gerechtigkeit kritisiert. Dieses Lager drängte auf eine stärkere Einhegung Russlands durch die Zusammenarbeit mit Ländern wie Georgien und der Ukraine und durch eine konsequente sicherheitspolitische Abstimmung mit den USA. Mit dem Tod von Lech Kaczyński ist diese Richtung stark geschwächt. Da sie voraussichtlich auch in den vorgezogenen Präsidentschaftswahlen unterliegen wird dürfte die Russland-pragmatische Linie zusätzlich aufgewertet werden.

Zweitens ist Russland gegenwärtig nicht daran interessiert, im Verhältnis mit Polen übermäßige Spannungen aufkommen zu lassen. Da Polen sich in den letzten Jahren wieder stärker in die EU eingebracht hat, gleichzeitig aber über ein beachtliche Sperrpotential in Sachen Russland- und Ostpolitik verfügt, wird eine Strategie, die auf Isolierung Polens in der EU abzielt, nicht mehr verfangen. Russland möchte nicht Polens Einfluss in der EU reduzieren, sondern seine ostpolitische Rolle durch ein interaktives Verhältnis mitgestalten.

Drittens ist in der jüngeren Vergangenheit die Ukraine als vorrangiger Bezugspunkt der polnischen Ostpolitik in Frage gestellt worden. Eine lange Phase der innenpolitischen Unübersichtlichkeit und der Stagnation in Kiew hat in Polen eine neue »Ukraine-Müdigkeit« entstehen lassen. Während Ministerpräsident Tusk zunächst in Polen dafür kritisiert wurde, dass er Moskau besuchte, bevor er nach Kiew fuhr, erscheint dies aus heutiger Sicht als gelungene Investition: Warschau befreite sich aus seiner selbstgewählten Angewiesenheit auf eine Ukraine-first-Politik und setzt an deren Stelle die Parallelität einer vertieften Zusammenarbeit mit den Staaten Osteuropas einerseits und einem neuen Versöhnungsprozess mit Russland andererseits.

Überdies hat sich mit der Obama-Administration eine Neueinschätzung der amerikanischen Russlandpolitik ergeben. Hierdurch wurden zentrale Streitthemen zwischen Polen und Russland zunächst entschärft. Hierzu gehören die Raketenabwehr in ihrer ursprünglich geplanten Form oder die NATO-Mitgliedschaft der Ukraine und Georgiens.

Die Russlandpolitik der Regierung Tusk

Vor diesem Hintergrund wird die Regierung Tusk – in naher Zukunft möglicherweise unterstützt von einem ihr politisch verbundenen polnischen Staatspräsidenten – ihre Russlandpolitik vor allem in den folgenden Richtungen vorantreiben. Warschau wird bemüht sein, die Politik der kleinen Schritte in Geschichtsfragen zu einem soliden Versöhnungsprozess zu verstetigen. Gleichzeitig wird man danach trachten, die bereits bestehenden Elemente der wirtschaftlichen Zusammenarbeit auszubauen. Vor der Finanzkrise war Russland der zweitwichtigste Handelspartner Polens. Aufgrund eines veritablen Handelsbilanzdefizits (wegen der teils hochpreisigen Importe von Energieträgern) will Polen insbesondere seinen Export nach Russland ausbauen. In diesem Zusammenhang erhofft man sich auch von einer erneuten Zusammenkunft der bilateralen Regierungskommission für wirtschaftliche Fragen. Auf einem für Mitte April 2010 angesetzten Treffen der Kommission, das nach dem Flugzeugunglück verschoben wurde, sollten u. a. Themen wie Investitionen und Handel, Energie, Verkehr, Bankenwesen und Finanzen oder die Zusammenarbeit zwischen polnischen und russischen Regionen besprochen werden.

Ein weiteres Betätigungsfeld der neuen polnischen Russlandpolitik dürfte auch die EU sein. Hier kann damit gerechnet werden, dass Polen neben seiner schon traditionellen Aktivitäten hinsichtlich der Östlichen Partnerschaft sich auch Initiativen, der Modernisierung Russlands dienen, anschließt bzw. diese aktiv betreiben wird. Beides wird auch hinsichtlich der polnischen EU-Ratspräsidentschaft in der zweiten Hälfte 2011 gedacht.

Fortbestehende Quellen für Irritation

Bei alledem ist Vorsicht geboten. Denn die großen Themenfelder der polnisch-russischen Konflikte der letzten zwei Jahrzehnte existieren nach wie vor. Dazu gehört die Energiewirtschaft mit kontroversen Projekten wie der Nord Stream-Pipeline oder dem in Polen umstrittenen Abkommen zwischen dem polnischen Gasversorger PGNiG und Gazprom, auf dessen Grundlage Polen bis 2037 jährlich gut 10 Mrd. m³ Gas abnehmen soll – was nach Auffassung vieler polnischer Beobachter die

Bedürfnisse des Landes weit übersteigt. Und natürlich bestehen auch polnische Befürchtungen gegenüber der polnischen Sicherheitspolitik fort. Beunruhigt hat man etwa die russisch-belarussischen Manöver *Ladoga* und *Zapad* verfolgt, mit Skepsis wurden die russischen Vorstöße zu einer neuen Europäischen Sicherheitsordnung aufgenommen. Polen hält daher nach wie vor an seinem Ziel fest, militärische Hardware aus NATO-Staaten, möglichst aus den USA, auf seinem Territorium stationieren zu lassen und in die geplante Neuauflage des amerikanischen Raketenabwehrprojekts einbezogen zu werden.

Die positive Emotionalität der ersten Tage und Wochen nach dem 10. April 2010 darf nicht zum Schluss

führen, dass Polen und Russland nun in eine Phase der reibungslosen, kooperativen Partnerschaft befördert wurden. Die polnisch-russischen Beziehungen bleiben weiterhin störungsanfällig, und die zarte Pflanze der Annäherung kann durch handfeste Auseinandersetzungen rasch geknickt werden. Es ist aber möglich, dass künftige Irritationen nicht mehr zu langen Perioden der Sprachlosigkeit und der Verhärtung führen. Eine neue Sprechfähigkeit zwischen beiden Ländern könnte einer der beständigeren Effekte der Flugzeugkatastrophe von Smolensk sein.

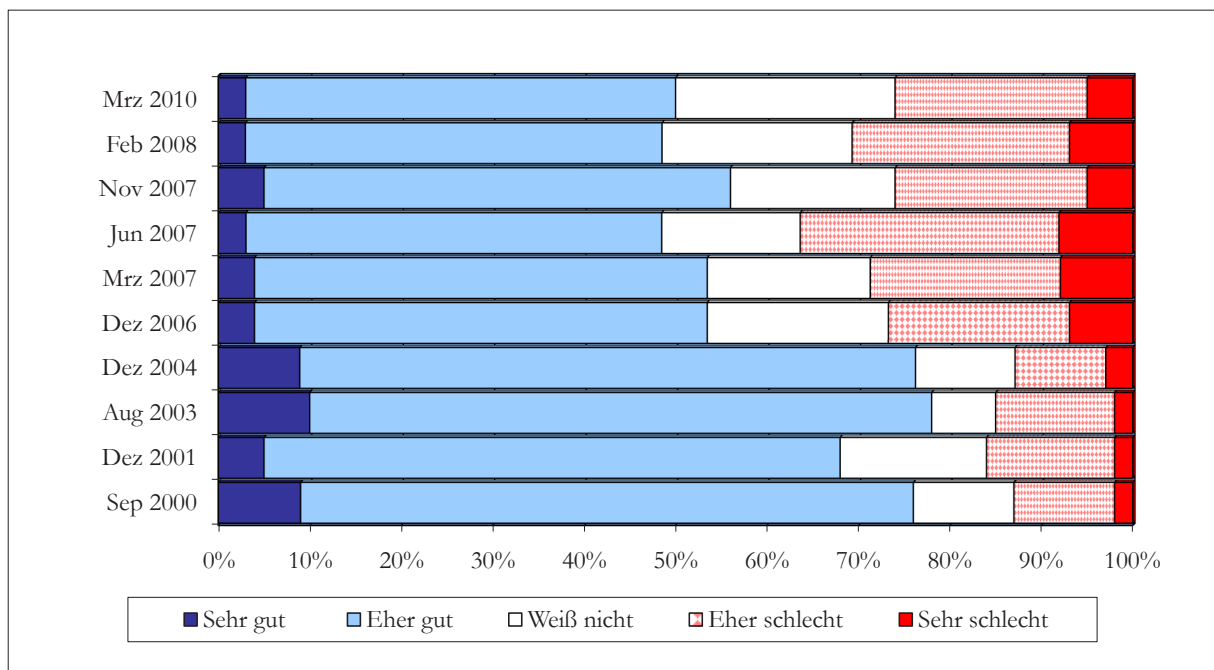
Über den Autor

Dr. Kai-Olaf Lang ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin.

Umfrage

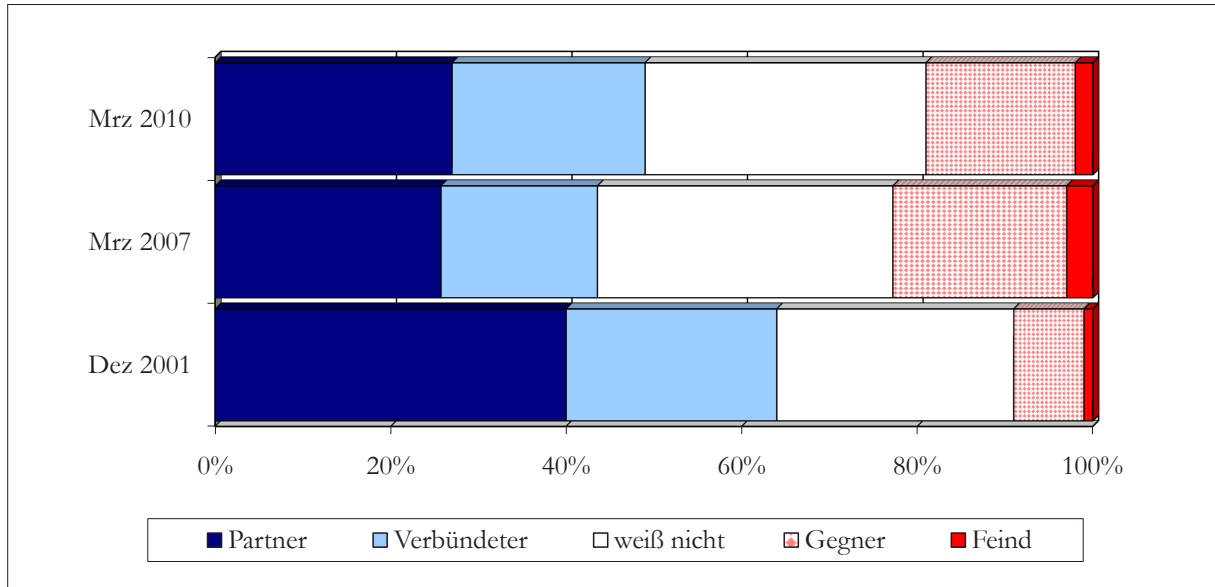
Die russisch-polnischen Beziehungen und das Massaker von Katyn

Wie stehen Sie momentan im Großen und Ganzen zu Polen?

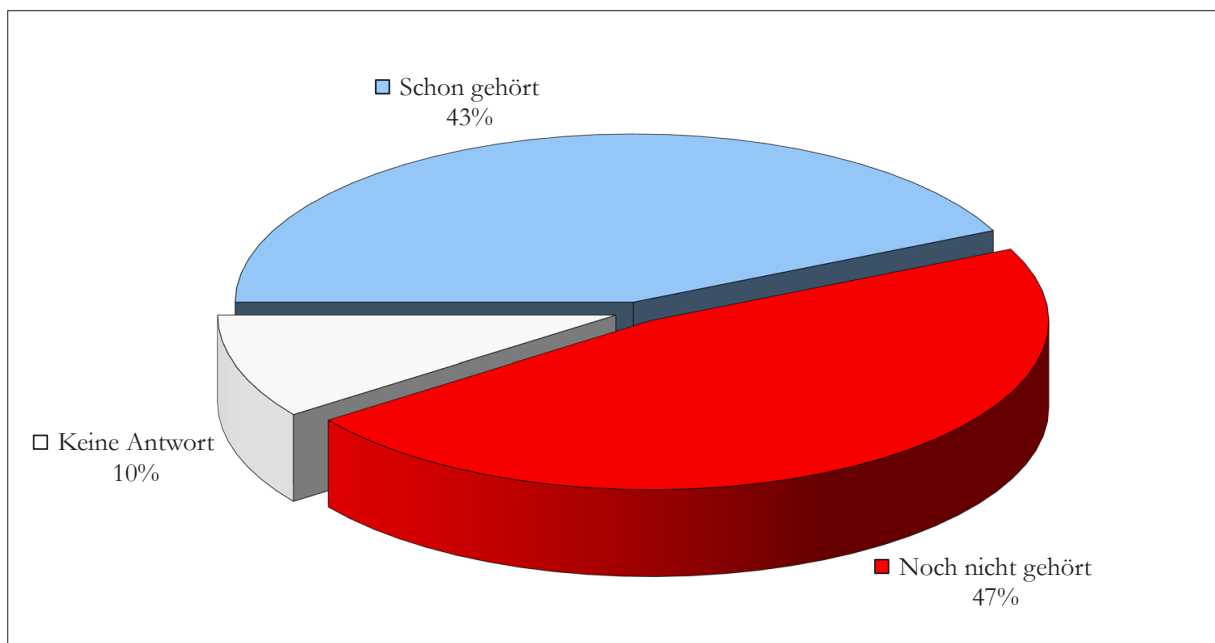


Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums am 19.–23. März 2010 <http://www.levada.ru./press/2010040801.html> (vor dem Absturz der polnischen Präsidentenmaschine bei Smolensk)

Ist Polen Ihrer Meinung nach für Russland im Moment ein ...

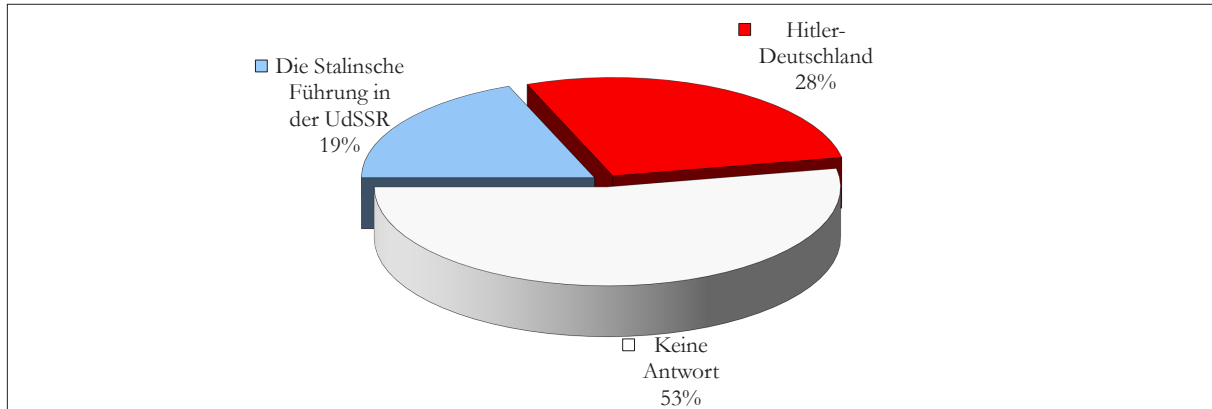


Haben Sie schon von der Tragödie in Katyn gehört? (März 2010)

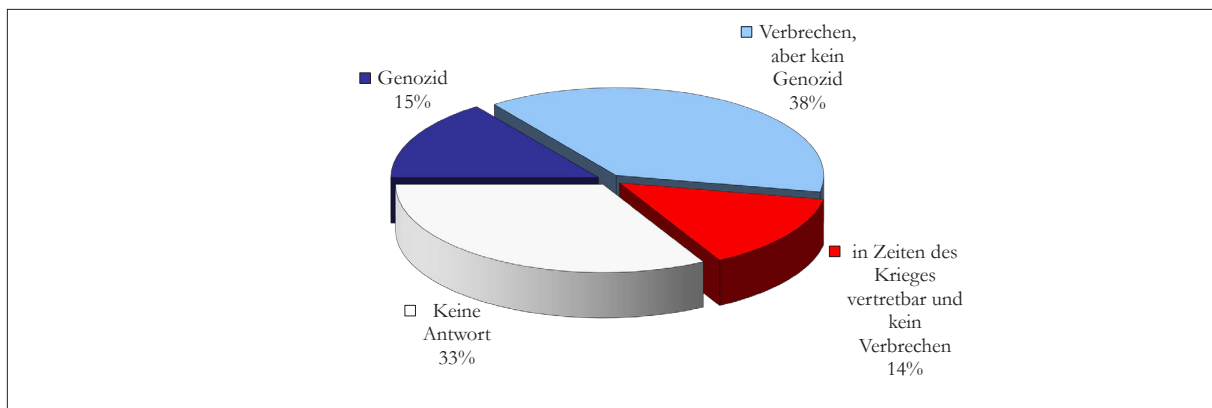


Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums am 19.–23. März 2010 <http://www.levada.ru./press/2010040801.html> (vor dem Absturz der polnischen Präsidentenmaschine bei Smolensk)

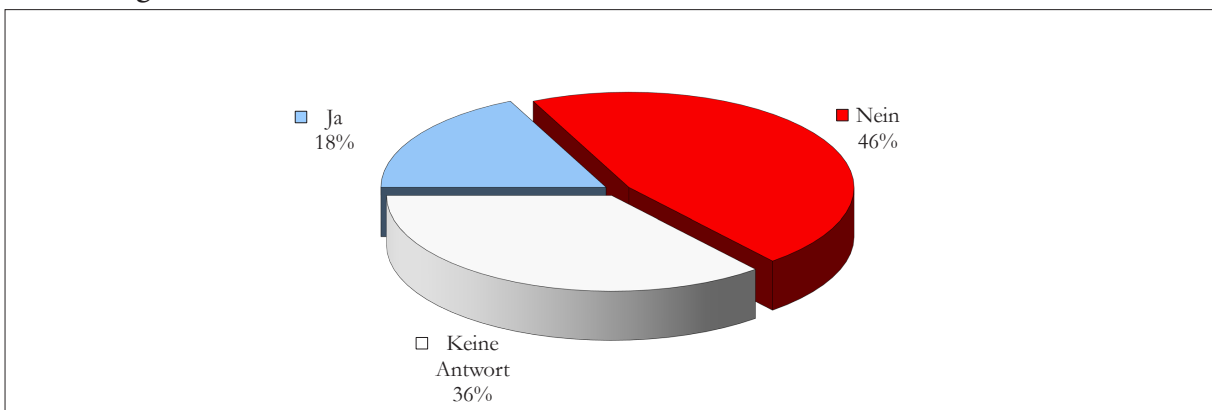
Wer hat ihrer Meinung nach die Erschießung der polnischen Offiziere in Katyn zu verantworten? (März 2010)



Wie bewerten Sie die Erschießung polnischer Offiziere in Katyn?



Sollte Putin, im Namen Russlands, für die Ermordung der polnischen Offiziere in Katyn um Verzeihung bitten?



Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums am 19.–23. März 2010 <http://www.levada.ru./press/2010040801.html> (vor dem Absturz der polnischen Präsidentenmaschine bei Smolensk)

Analyse

»Moderne Zeiten«

Bewegung in der russischen Politik?

Von Hans-Henning Schröder, Bremen/Berlin

Zusammenfassung

Die Medwedew-Administration hat 2009 eine umfassende Modernisierungspolitik eingeleitet, die darauf angelegt ist, die zahlreichen Probleme zu überwinden, die Russlands Entwicklung behindern. 2010 sind erste konkrete Ansätze dieser Politik zu erkennen. Es steht aber nicht zu erwarten, dass man bei der Restrukturierung des Staatsapparates, dem Austausch des Personals oder der Bekämpfung der Korruption kurzfristig Erfolge verzeichnen kann. Immerhin gibt es in einigen Bereichen gewisse Veränderungen. Am augenfälligsten ist dies bei der Reform des Innenministeriums und der Miliz. Die von der Medwedew-Administration eingeleiteten Maßnahmen werden auch von einer Öffentlichkeit begleitet, die das Internet als Medium für Kritik nutzt. Doch Demokratisierung ist nicht das Ziel der Modernisierungspolitik. Ziel ist eine funktionierende Machtvertikale mit einem loyalen Gouverneurskorps, flankiert von Parlamenten, die von den Systemparteien beherrscht werden. Für Initiativen von unten ist kein Raum. Im Übrigen geht es 2010 auch darum, im Vorfeld der Entscheidung für die Nachfolge im Präsidentenamt, die in der zweiten Jahreshälfte 2011 getroffen wird, Allianzen zu schmieden und mögliche Gegenspieler zu schwächen.

Das Erbe und die Krise

Als die Putin-Administration Dmitrij Medwedew als Nachfolger installierte, erbt dieser mit dem Präsidentenamt eine Fülle sozialer und ökonomischer Probleme. In einer Reihe programmatischer Reden, die Medwedew im Januar und Februar 2008 als Präsidentschaftskandidat hielt, kritisierte er u. a.:

- den allgemeinen »Rechtsnihilismus«, der seine Hauptgründe im Fehlen unabhängiger Gerichte und in mangelnder Rechtskultur hatte, und der ein Klima der Rechtsunsicherheit schuf;
- die in der staatlichen Verwaltung verbreitete Korruption, die die Wirtschaftsentwicklung behinderte;
- die demographische Krise mit hohen Sterberaten und niedrigen Geburtenraten, und als eine ihrer Ursachen die unzureichende Gesundheitsversorgung;
- die Rohstoffabhängigkeit der Wirtschaft und die Schwäche der verarbeitenden Industrien, insbesondere das Fehlen innovativer Produktion;
- die vernachlässigte Infrastruktur allen Bereichen des Verkehrs und der kommunalen Versorgung, und die Überalterung der Produktionsanlagen;
- der Kapitalmangel der russischen Wirtschaft und der unzureichende Zufluss von Investitionen aus dem Ausland;
- die Schwäche der »Zivilgesellschaft« und des Parteiensystems sowie der demokratischen Institutionen auf kommunaler und regionaler Ebene.

Zwei weitere Themen sprach Medwedew nicht an, obgleich sie den Spielraum für politische Reformen maßgeblich beeinflussten:

- die großen sozialen Unterschiede innerhalb der russischen Gesellschaft, mit ihren extremen Gegensätzen zwischen Arm und Reich;

- die politische Passivität der Bevölkerung und das tief verwurzelte Misstrauen gegenüber den Institutionen des Regimes.

Die sozialen Gegensätze sind eine Quelle latenter Unzufriedenheit und bedrohen mittelfristig die Stabilität des politischen Systems. Zwar schützt die verbreitete politische Gleichgültigkeit kurzfristig vor dem Aufbrechen sozialer Unruhen, doch erschwert sie auch eine Mobilisierung der Gesellschaft zur Unterstützung von Reformpolitik.

Als wenn diese vom Vorgänger ererbte Problemlast nicht genug gewesen wäre, geriet 2008 die russische Wirtschaft, die sich im Gefolge steigender Ölpreise seit 2000 im Aufwind befand, in eine Krise. Der Einbruch der Energiepreise und die internationale Finanzkrise des Jahres 2008 wirkten massiv auf Russland zurück. Das Wachstum der Industrieproduktion stockte: Lag der Zuwachs 2007 noch bei 6,3 %, waren es 2008 nur noch 2,1 %, um 2009 um 10,8 % zu sinken. Die Investitionen, die 2007 um 21,1 % gestiegen waren, nahmen 2008 nur noch um 9,1 % zu und gingen 2009 um 17 % zurück. Die Krise unterstrich noch einmal, wie sehr Russland mit seiner rohstoffabhängigen Volkswirtschaft den Schwankungen auf dem Weltmarkt ausgeliefert war. Diversifizierung, Innovation und Strukturreformen waren das Gebot einer nach vorn gerichteten Wirtschaftspolitik.

Blaupausen einer Reform

Wollte die Führung Abhilfe schaffen, so musste sie wenigstens in einigen Bereichen Strukturreformen versuchen. Daher leitete die Medwedew-Administration nach der Sommerpause 2009 eine politische Kampagne ein, die eine durchgreifende Modernisierung des Landes

proklamierte. Die Grundideen dieser Politik wurden in einem Artikel formuliert, der am 10. September unter dem Titel »Russland, Vorwärts« auf der Website der Internetzeitung gazeta.ru veröffentlicht wurde. Schon der Publikationsort – keine Fernsehrede, keine Regierungszeitung, sondern das Web als zeitgemäßes Medium – wurde als Signal verstanden, dass der Präsident willens war, alte Zöpfe abzuschneiden. Medwedew erläuterte seine Modernisierungsstrategie in einer Folge hochrangiger Veranstaltungen, u. a. auf einer Konferenz in Jaroslavl, die an seinem Geburtstag stattfand, auf dem Treffen mit dem Waldaj-Klub, auf einem Wirtschaftsforum in Sotschi und bei dem Treffen der von ihm gegründeten Kommission für technologische Entwicklung und Modernisierung der Wirtschaft. Die Kampagne gipfelte in Medwedews Botschaft an die Föderalversammlung, der Rede zur Lage der Nation vor den beiden Häusern des russischen Parlaments.

Grundlage der Modernisierungsstrategie sollte die technologische Erneuerung der gesamten Produktionsphäre sein – mit Hilfe ausländischer Investoren und importierten *know hows*. Als Schlüsseltechnologien identifizierte der Präsident Medizintechnologie, Energie- und Informationstechnologie, die Entwicklung von Raumfahrt und Telekommunikation und die Steigerung der Energieeffizienz. Um die Entwicklung voranzutreiben, forderte Medwedew eine Modernisierung des Staatssektors sowie eine behutsame Privatisierung. Die staatlichen Unternehmen und solche mit staatlicher Beteiligung sollten unabhängigen Betriebsprüfungen unterworfen und nach modernen Konzepten der Unternehmensführung umgestaltet werden. Der Staat sollte ein umfassendes Programm zur Förderung von Wissenschaft und Forschung auflegen, in dem sich auch der Privatsektor engagieren sollte. Genehmigungsverfahren für Investitionsprojekte wollte man verkürzen, Steuersystem und die Pflichtversicherungen reformieren, um vorteilhafte Bedingungen für Investoren zu schaffen. Medwedew forderte auch den Ausbau und die Verbesserung des Schulwesens und die Verbesserung der Arbeitsbedingungen von karitativen Stiftungen und Nichtregierungsorganisationen.

Solche weitgehenden Strukturreformen bedurften im Grunde einer Flankierung im politischen Bereich, da sie ohne Unterstützung innerhalb der Gesellschaft oder der Eliten nicht durchsetzbar waren. Hier hielt sich der Präsident jedoch bedeckt. Das Parteiensystem, dessen Verzerrungen gerade in den Oktoberwahlen 2009 hervorgetreten waren, bezeichnete er als im großen und ganzen konsolidiert, die Parteien als echte, im Kampf um den Wähler gestärkte Massenorganisationen. Immerhin

kündigte er eine Reihe von Veränderungen in der Wahlgesetzgebung an, die kleineren Parteien den Zugang zu den Vertretungskörperschaften auf regionaler und kommunaler Ebene erleichtern sollten. Der Präsident forderte auch mehr Transparenz im Wahlprozess und warb für eine Ausbreitung des Internets als Chance für größere Öffentlichkeit. Allerdings setzte Medwedew oppositionellen Kräften deutliche Grenzen, als er drohte: »Jegliche Versuche, durch demokratische Losungen die Situation zu erschüttern, den Staat zu destabilisieren, die Gesellschaft zu spalten, werden unterbunden.« Demokratie »von unten« war nicht Teil der Medwedewschen Modernisierungsstrategie.

Wenn die Medwedew-Administration also nicht bereit war, die Gesellschaft zur Durchsetzung ihrer Reformpolitik zu mobilisieren, so muss man fragen, wer diese sonst tragen sollte. Große Teile der Eliten hatten sich im *status quo* eingerichtet, eine Veränderung schuf Unruhe und beschnitt ihren Ressourcenzugriff. Ein funktionierendes Rechtssystem etwa beschränkte die Möglichkeiten von Beamten, Politikern und Wirtschaftsführern, auf Gerichtsentscheidungen Einfluss zu nehmen. Bekämpfung von Korruption verstopfte Einnahmequellen für Angehörige des Staatsapparates. Unabhängige Betriebsprüfungen von Staatsunternehmen und eine straffere Unternehmensführung erschwerte den Ressourcenzugriff für Beamte und Politiker. Kurz, die Medwedewsche Modernisierung brachte für weite Teile der Eliten Nachteile mit sich. Eine solche Änderung der ‚Spielregeln‘ – und darauf lief die Medwedewsche Modernisierungsstrategie letztlich hinaus – gefährdete die Kräftebalance innerhalb der Führungsschicht. Manchen Russen erinnerte Medwedews Modernisierungskampagne auch an die Gorbatschowsche Perestrojka, die man noch in schlechter Erinnerung hat. Insbesondere die Vorstellung, dass die Reformkampagne zu einer Politisierung der Gesellschaft führen und damit eine Eigendynamik gewinnen könnte, erschien der Führung als Problem.

Worte und Taten

Die Medwedew-Administration ging daher bei der Umsetzung der Strategie sehr behutsam vor. Sie initiierte eine Reihe von Einzelschritten. Diese führten zwar keine dramatische politische Wende herbeiführen, dennoch geriet im politischen System und in der Gesellschaft einiges in Bewegung.

Einer dieser kleinen Schritte war die Zusammenstellung einer präsidentiellen **Personalreserve**. Anfang 2009 kündigte die Präsidentschaft an, dass man Liste von 1.000 jungen, kompetenten Kadern zusammenstellen wollte, auf die man bei der Besetzung von Füh-

rungspositionen zurückgreifen wollte. Die ersten 100 wurden noch im Februar 2009 benannt. Weitere 500 Namen wurden im Dezember bekanntgegeben. Diese Liste, die keine Überraschungen enthielt, diente offenbar einem doppelten Zweck. Einerseits signalisierte sie der Bürokratie, dass man Personal bereithielt, auf die man im Fall von Fehlverhalten oder passivem Widerstand zurückgreifen konnte, andererseits zeigte man dem Nachwuchs, dass die Reformen auch eine Chance für persönliches Vorwärtskommen bieten konnten.

In diesen Zusammenhang gehörte auch, dass die Medwedew-Administration eine Reihe von **Positionen in den Regionen** neu besetzte. Bereits 2009 sind einige Gouverneure ausgetauscht worden. Dies geschah in der Regel, wenn die jeweilige Amtszeit auslief. So wurden z. B. in Wolgograd, Orel und Swerdlowsk langgediente Gouverneure von politischem Gewicht ersetzt. Andererseits behielten die Amtsinhaber in Primorje, Kurgan und Mari El ihre Position. 2010 läuft in 30 Föderationssubjekten die Amtszeit der Gouverneure aus. Der Präsident Schajmijew in Tatarstan räumte seinen Platz bereits für seinen Ministerpräsidenten. Bei anderen steht die Entscheidung noch aus. Die Präsidentialadministration ersetzt aber offenbar nicht einfach die alten Kader durch neue, sondern entscheidet differenziert von Fall zu Fall. Leistungsstand der Region und die Bereitschaft der regionalen Führung, die Modernisierungspolitik umzusetzen, scheinen dabei eine Rolle zu spielen.

Medwedew unternahm auch einige vorsichtige Schritte, um das **Parteiensystem** zu verändern. Nach der massiven öffentlichen Kritik an den Regionalwahlen am 11. Oktober 2009, lud er im Januar die Führer der wichtigsten Parteien, darunter auch Mitrochin, den Führer der liberalen Oppositionspartei Jabloko, die in den letzten Jahren aus fast allen Parlamenten verdrängt worden war, zu einer Aussprache ein. Die Teilnehmer übten offene Kritik an Wahlmanipulation und den Verzerrungen des politischen Systems. Die Korrekturen am Parteiengesetz, die der Präsident dann im März 2010 in die Duma einbrachte, waren allerdings bescheiden. So sollten Parteien, die nicht in der Duma oder den regionalen Parlamenten vertreten waren, einmal im Jahr an Plenarsitzungen der Gremien teilnehmen dürfen. Darüber hinaus wurde diskutiert die 7 %-Hürde bei Wahlen wieder zu senken. Alle dies aber waren kosmetische Korrekturen, die wenig veränderten. Bei den Regionalwahlen am 14. März wurde Jabloko überall ausgeschlossen. Neben den Systemparteien »Einiges Russland«, »Gerechtes Russland«, Shirinowskijs LDPR und der KPRF, traten nur zwei weitere Organisationen an: die »Rechte Sache« und »Patrioten Russlands«, die beide nicht mehr als 1 % oder 2 % der

Stimmen erhielten. Ansätze zu einer wirklichen Reform des Parteiensystems sind bisher nicht zu erkennen.

Größere Anstrengungen investierte die Medwedew-Administration in die **Bekämpfung der Korruption**, die schon ein Anliegen Putins gewesen war, das Medwedew aufgegriffen hat. Bereits im Juli 2008 hatte man einen nationalen Plan zur Bekämpfung der Korruption verabschiedet, dem am 25. Dezember 2008 ein Gesetz zur Bekämpfung der Korruption folgte. Am 14. April wurde der nationale Plan zur Korruptionsbekämpfung erneuert und durch eine nationale Strategie ergänzt. Sie sieht eine ganze Reihe von Einzelmaßnahmen vor, darunter den Ausbau der Gesetzgebung, intensivere Strafverfolgung und Verbesserung des Rechtssystems, Anhebung der Einkommen im Staatsapparat, Verbesserung der Finanzaufsicht, Einbeziehung der Öffentlichkeit und Einbindung der russischen Korruptionsbekämpfung in einen internationalen Kontext. Dies sind sinnvolle Ansätze, deren Umsetzung aber längere Zeit erfordern wird. Eine kurzfristige Besserung ist nicht zu erwarten.

Im Rahmen der Initiativen zur Korruptionsbekämpfung verordnete der Präsident den Ministern und Gouverneuren, ihre **Vermögenssituation** offenzulegen. Medwedew und Putin gingen mit gutem Beispiel voran, die Minister und viele führende Regionalpolitiker zogen nach. So erfuhr die Öffentlichkeit, dass der Präsident 2009 ein Einkommen von 3.335.281,39 Rubel und ein Bankguthaben von 3.574.747,34 Rubel hatte. Darüber hinaus besaß er eine Wohnung von 367,8 qm sowie eine Datscha mit 4.700 qm Grund. Seine Frau hatte praktisch kein Einkommen und fuhr einen VW Golf. Interessant an dieser Initiative war, dass sie Korruptionsbekämpfung zu einer Sache der Öffentlichkeit machte. Politiker, deren deklariertes Vermögen im Gegensatz zu ihrem tatsächlichen Lebensstil stand, gerieten so unter Rechtfertigungsdruck. Ein plastisches Beispiel dafür gab die Tageszeitung »Wedomosti«, die im Oktober 2009 auf ihrer Website Photographien von Politikern publizierte und den Preis der Armbanduhren schätzte <http://www.vedomosti.ru/photo-gallery/6716/>. Die Bürger konnten sich fragen, wie der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses eine *Patek Philippe* für 16.000 US Dollar erschwingen konnte, warum die Gouverneurin von St. Petersburg eine *Harry Winston* für 26.000 US Dollar trug, und wie der Stellvertretende Bürgermeister von Moskau seine *GreubelForsey* für 360.000 US Dollar finanziert hatte.

MWD-Reform und Internet

In einem Bereich des Staatsapparats führten die Initiativen der Präsidenten tatsächlich zu Veränderungen – beim Innenministerium (MWD) und der ihm unterstellten

Miliz (d.i. Polizei). Die Polizei gehörte seit langem zu den am meisten verachteten Institutionen. Die öffentliche Kritik erhielt im November 2009 eine neue Nuance, als der Milizmajor Aleksej Dymowskij aus Noworossijsk mit einem Video ins Internet ging, in dem er die Verhältnisse in den Innenbehörden von Noworossijsk scharf angriff. Einen ähnlichen Fall gab es im Februar 2010, als Angehörige einer Moskauer OMON-Einheit in der oppositionellen Zeitschrift »New Times« die skandalösen Verhältnisse innerhalb dieser Sonderpolizei beschrieben.

Die Kritik an den Innenbehörden korrespondierte mit einer Initiative des Präsidenten, der eine durchgreifende Reform des gesamten Innenministeriums anstrebte. Am 3.2.2010 nahm Medwedew an einer Beratung im MWD, in der er erklärte, die Arbeit des Ministeriums bedürfe ernsthafter Korrekturen. Den Ankündigungen folgten bald Taten. Am 18. Februar löste der Präsident per Erlass 16 hohe Polizeioffiziere ab und ordnete eine umfassende Umstrukturierung des Ministeriums an.

Die Reform des MWD, immerhin eine Institution, die zu den »Machtorganen« zählte, löste in der Öffentlichkeit Reaktionen aus, die der Präsident in dieser Form vielleicht nicht erwartet hatte. Dazu gehörte etwa der Fall Barkow. Am 25. Februar starben bei einem Frontalzusammenstoß zwischen dem gepanzerten Mercedes des Vizepräsidenten des Mineralölkonzerns Lukoil, Anatolij Barkow, und einem kleinen Citroen zwei Personen – die Insassen des Citroen. Die Miliz entschied rasch, dass die Schuld bei den Opfern lag. Daraufhin stellte der bekannte Rapper Noize MC ein Video ins Internet, in dem er Lukoil und die Miliz massiv angriff <http://www.youtube.com/watch?v=UPXtawGmZgQ>. Das Video wurde in wenigen Tagen über 600.000mal aufgerufen. Die anderen Medien griffen die Kritik auf und der Präsident wies die Miliz an, den Vorfall erneut zu untersuchen. Kurz danach, am 5. März, kam es zum Fall des »Lebendigen Schildes«. Um einen flüchtigen Autodieb zu stellen, stoppte die Moskauer Miliz nachts Autofahrer und zwang sie, ihre Wagen auf dem Autobahnring querzustellen. Die Fahrer ließ man arglos in den Wagen sitzen. Sie begriffen die Gefahr erst, als der Autodieb die Straßensperre durchbrach. Wieder wurde der Fall im Internet publik gemacht und dann von den Medien aufgegriffen. Das Bemerkenswerte an diesen Vorgängen war, dass die Auseinandersetzung mit der Miliz hier in die Öffentlichkeit übergriff. Die Kritik im Internet nahm Formen an, die deutlich über das hinausging, was der Medwedew-Administration lieb

sein konnte. Wenn Noize MC am Schluss seines Videos forderte, die »Autostraßenmörder mit ihren Sonderkennzeichen und ihren Blaulichtern« zu stoppen, dann hatte dies eine sozialkritische Variante, die die herrschende Gesellschaftsordnung angriff.

Schöne Aussichten

Die Modernisierungskampagne, die Medwedew im September 2009 initiiert hat, beginnt im Jahre 2010 Form anzunehmen. Gewiss gibt es bisher kaum konkrete Ergebnisse. Der Umbau des Staatsapparates, die Modernisierung der Wirtschaft oder die Bekämpfung der Korruption erfordern Zeit. Gewisse Fortschritte hat man bei der Restrukturierung des MWD gemacht. Immerhin haben die Bombenattentate in der Moskauer U-Bahn am 29. März zwar die Öffentlichkeit erschüttert, doch sie haben nicht zum Abbruch des Reformkurses geführt.

Es stellt sich aber die Frage, wo die Modernisierung hinführen und wer sie unterstützen wird. Die Medwedew-Administration setzt nicht auf Mobilisierung der Öffentlichkeit und sie will auch keine Demokratisierung. Dies wird zwar inzwischen auch in Russland eingefordert, etwa in den Schriften des INSOR, des von Jurgens geleiteten Instituts für moderne Entwicklung, doch dies steht im Widerspruch zu den Aussagen des Präsidenten. Allerdings wird das russische Internet neuerdings eine Plattform für kritische Stimmen, die dort, wo es den Zielen von Medwedews Politik entspricht, auch in den offiziellen Medien aufgegriffen werden. Doch eine Reform des politischen Systems wird eben nicht angestrebt. Das Tandem Putin-Medwedew will eine funktionierende Machtvertikale mit einem loyalen Gouverneurskorps, flankiert von Parlamenten, die von den Systemparteien beherrscht werden. Für Initiativen von unten ist dort kein Raum.

Daneben gibt es auch noch eine heimliche Agenda der Eliten. Im Frühjahr 2012 wird ein neuer Präsident gewählt. Medwedew hat deutlich gemacht, dass er sich eine zweite Amtszeit vorstellen kann. Putin hat nicht ausgeschlossen, dass er neuerlich als Präsident antritt. Die Entscheidung über die Nachfolge wird in der zweiten Jahreshälfte 2011 fallen. Daher ist die Reformpolitik des Jahres 2010 auch von Manövern der Kräftegruppen bestimmt, die sich für 2011 in eine aussichtsreiche Position bringen wollen. Insofern geht es auch darum, Allianzen zu schmieden und Gegenspieler zu schwächen. Demokratie würde da nur stören.

Über den Autor

Prof. Dr. Hans-Henning Schröder lehrt osteuropäische Politik und Zeitgeschichte in Berlin und Bremen.

Analyse

Zur aktuellen Entwicklung im politischen System Russlands

Von Robert W. Orttung, Washington

Zusammenfassung

Die politischen Institutionen Russlands sind in den letzten Jahren zunehmend von demokratischen Standards abgewichen. Bei der Analyse dieser Veränderungen haben Politikwissenschaftler eine Reihe von analytischen Werkzeugen vorgelegt, die für die Beschreibung des aktuellen politischen System in Russland hilfreich sind. Nach einer kurzen Zusammenfassung der jüngsten politischen Entwicklungen und der Ansätze zu ihrer Interpretation wird in diesem Beitrag argumentiert, dass das System am ehesten als ein autoritäres verstanden werden kann, welches durch das Fehlen einer Opposition, Schwierigkeiten in der Rekrutierung neuer Führer sowie durch einen zunehmend brüchigen Prozess der Informationsbeschaffung charakterisiert wird.

Allgemeiner Niedergang der demokratischen Institutionen

Wie im *Nations in Transit Report* von Freedom House erkennbar ist, erleben die demokratischen Institutionen in Russland in den vergangenen zehn Jahren einen allgemeinen Niedergang. Der Rückgang ist in allen Indikatoren erkennbar – vom Wahlprozess über die nationale Regierungsführung, Zivilgesellschaft, Medien, regionale Regierungsführung, dem Justizwesen bis hin zur Korruption. Der steilste Abstieg fand jedoch im Wahlprozess statt. Obwohl Wahlen nicht unbedingt das zentrale Element von Demokratien bilden, spielen sie dennoch eine entscheidende Rolle bei der Bestimmung des Charakters des Regimes und verdienen deswegen besondere Aufmerksamkeit.

Die Wahlen auf föderaler Ebene

Nach jeder Parlaments- und Präsidentenwahl hat die russische Führung das Wahlsystem weiter verfeinert, um Wahlergebnisse besser kontrollieren zu können. Bei der ersten Verfassungsänderung seit 1993 wurden im Dezember 2008 die Amtsperiode des Präsidenten von vier auf sechs Jahre und die Amtszeit der Duma-Abgeordneten von vier auf fünf Jahre verlängert. Vermutlich wurden diese Änderungen zugunsten von Ministerpräsident Wladimir Putin eingeführt. Falls er sich für eine Rückkehr ins Präsidentenamt entscheidet, könnte er, gemäß der revidierten Verfassung, für 12 Jahre im Amt bleiben. Vorausgesetzt er gewinnt die Wahlen.

Neben der Verfassungsänderung hat die russische Führung das Wahlgesetz immer wieder umgeschrieben. Am wichtigsten war die Änderung, die besagt, dass die Abgeordneten des Unterhauses – der Duma – allein durch Listenwahl bestimmt werden. Vorher wurden sie je zur Hälfte über Listenwahl und durch Direktmandate gewählt. Zusätzlich wurde die Sperrklausel von fünf auf sieben Prozent angehoben.

Da in Russland momentan nur sieben Parteien registriert sind, die bei Parlamentswahlen antreten können, bewirkte die Anhebung der Sperrklausel den Ausschluss von drei Parteien. Neben der offiziellen Kreml-Partei, »Einiges Russland«, stimmen zwei weitere Parteien, »Gerechtes Russland« und Wladimir Shirinowskis Liberaldemokratische Partei Russlands (LDPR), regelmäßig mit der Obrigkeit.

»Gerechtes Russland« wurde als offiziell gesponserte Alternative zu »Einiges Russland« vom Kreml gegründet. Die Kommunisten treten dagegen häufig durch Kritik an »Einiges Russland« in Erscheinung. Die Tatsache, dass sie der Erbe der »Kommunistischen Partei der Sowjetunion« (KPdSU) sind, verdammt sie aber zum Misserfolg. Daher wirkt die Kritik der Kommunisten an den machthabenden Eliten bloß als »weitere Legitimierung der Elite, weil diese als tolerant im Umgang mit Kritik erscheint,« so zumindest die Meinung von Sergej Peregudow.

Die Regionalwahlen

Auf regionaler Ebene war das Schlüsselement der Reformen in der Putin-Ära die Ersetzung der Direktwahlen der Gouverneure durch präsidentielle Ernennungen. Von 1996–2004 wurden in Russland sämtliche Gouverneure direkt gewählt. Diese Direktwahlen waren in der russischen Geschichte eine Anomalie. Normalerweise hatte die Zentralgewalt ihre Regionalvertreter durchweg ernannt.

Die praktische Konsequenz der Ernennung der Gouverneure seit 2005 ist, dass die Föderalmacht für die Geschehnisse auf regionaler Ebene direkt verantwortlich gemacht werden kann. Wenn also die Bevölkerung ihren Ärger über die Verhältnisse ausdrückte, dann sind sowohl die Föderalregierung, typischerweise Putin, als auch der ernannte Gouverneur das Ziel. Die Demonstrationen vom Januar, welche alleine in Kaliningrad ca.

10.000 Menschen auf die Straße trieben, waren Vorläufer einer Reihe ähnlicher Ereignisse im ganzen Land an, jedoch keine von dem Ausmaß wie in der nord-westlichen russischen Exklave. In Moskau und anderen Städten setzten die Behörden Polizeieinheiten ein, um die Demonstrationen unter Kontrolle zu halten. Regionale Preisanstiege waren Auslöser des Unmuts, häufig jedoch wurde von den Demonstranten auch der Rücktritt Putins gefordert.

Obwohl nur wenige bereit sind, sich an solchen Protesten zu beteiligen, gibt es momentan große Unterstützung für die Wiedereinführung der direkten Gouverneurswahlen. Nach Meinungsumfragen des Lewada-Zentrums unterstützen 57 % die Wiedereinführung der Direktwahl, 20 % bevorzugen die gegenwärtige Praxis und weitere 23 % äußerten keine Meinung.

Die jüngsten Regional- und Lokalwahlen in Russland waren ausgesprochen problematisch. Nachdem »Einiges Russland« im Wahlgang von Oktober 2009 überwältigende 70 % der Sitze auf sich vereinigte, verließen die drei anderen Parteien demonstrativ das Parlament. Obwohl der Protest zu keinen Korrekturen des Wahlergebnisses führte, lenkte er die Aufmerksamkeit auf die Illegitimität der Wahlen. Tatsächlich zeigten Statistiken der Zentralen Wahlkommission, dass die Behörden 54 % der Kandidaten der »Partei russischer Patrioten«, 26 % der Kandidaten der Partei »Rechte Sache« sowie 33 % der Kandidaten von »Jabloko« nicht zur Wahl zugelassen hatten. Demgegenüber wurde nur 0,5 % der Kandidaten von Einiges Russland die Registrierung verweigert.

Die Regional- und Lokalwahlen vom März 2010 bescherten der regierenden Partei zwar erneut 68 % der Sitze, aber die Wahlen wurden diesmal signifikant anders wahrgenommen, da Einiges Russland in vier von acht zur Wahl stehenden Regionalregierungen in der Verhältniswahl weniger als 50 % der Stimmen auf sich vereinen konnte. Ironischerweise versuchten die Behörden wie im Oktober 2009 auch im März 2010, den Ausgang der Wahlen zu beeinflussen. Die gewohnten Methoden zeigten jedoch bei einem Wahlvolk, das fest entschlossen war, seinen Protest auszudrücken, geringe Wirkung. Als Beispiel kann die Bürgermeisterwahl von Irkutsk angeführt werden. Sergei Serebrennikow, der von »Einiges Russland« unterstützte Kandidat, lag in Wahlprognosen vor der Wahl hinter seinem Herausforderer, Anton Romanow (auch ein Mitglied von »Einiges Russland«, der jedoch ohne offizielle Unterstützung kandidierte), zurück. Daraufhin strich das städtische Wahlkomitee Romanow 10 Tage vor der Wahl kurzerhand von der Kandidatenliste. Als Begründung wurde

angeführt, er hätte nicht genug gültige Unterschriften gesammelt. Das Ergebnis war, dass nun viele Wähler den Kandidaten der Kommunisten, Wiktor Kondraschow, unterstützten und dieser mit überraschenden 63 % die Bürgermeisterwahl gewann.

Reformvorschläge

In den vergangenen Monaten gab es einige Vorschläge zur Reform des politischen Systems in Russland. Es deutet jedoch wenig darauf hin, dass diese Vorschläge bald umgesetzt werden. Das Institut für moderne Entwicklung (INSOR) veröffentlichte im Januar einen Bericht, in welchem die Wiedereinführung vieler demokratischer Einrichtungen vorgeschlagen wurde, die in der Regierungszeit Putins abgeändert worden waren. Zu diesen Vorschlägen gehörte zum Beispiel die Verkürzung der Amtszeit des Präsidenten auf fünf Jahre, die Wiedereinführung von Direktmandaten bei den Duma-Wahlen, die Herabsetzung der Sperrklausel auf 4 % sowie die die Direktwahl der regionalen Gouverneure und Senatoren durch die lokale Bevölkerung. Obwohl dieser Bericht kurz nach seiner Veröffentlichung breit diskutiert wurde, sind seine Vorschläge nicht als Reformansätze aufgegriffen worden.

Entsprechend hielt der Staatsrat am 22. Januar 2010 eine Sitzung ohne Präzedenzfall ab, um politische Reformen zu diskutieren. Die Sitzung war von Medwedew einberufen worden, doch unerwarteterweise nahm in letzter Minute auch Putin an dem Treffen teil. Er war offensichtlich bemüht, den Reformprozess zu bremsen, in dem er die Notwendigkeit eines »gesunden Konservatismus« betonte und den Wunsch äußerte, eine »Ukrainisierung« der russischen Politik zu vermeiden.

Während es häufig so scheint, als würden Putin und Medwedew unterschiedlicher Meinung sein, sind sie jedoch, wenn es um politische Reformen geht, in Wort und Tat einig. Die einzigen Reformen, die die beiden bisher zugelassen haben, berühren nicht den Kern des aktuellen Systems. Und sowohl Putin als auch Medwedew haben die Idee der Wiedereinführung der direkten Gouverneurswahlen zurückgewiesen.

Analyse des gegenwärtigen politischen Systems

Russische und westliche Beobachter haben eine Vielfalt an Interpretationen des aktuellen politischen System in Russland vorgelegt. Jede dieser Analysen bietet eigene Einblicke zum Verständnis des gegenwärtigen politischen Systems in Russland und seiner Funktionsweise. Der folgende Abschnitt bietet einen Überblick über die vorhandene Literatur und einen Verständnisrahmen zur Einordnung der oben beschriebenen Ereignisse.

Der erste Erklärungsansatz gehört in den Zusammenhang des Konzepts der Hybriden Regime. Er beschreibt das politische System Russlands als hochgradig zentralisiert, in dem demontierte demokratische Institutionen durch solche ersetzt wurden, welche die Funktionen demokratischer Institutionen erfüllen, den Machterhalt der herrschenden Elite jedoch nicht herausfordern. Im Rahmen dieses Ansatzes beschreiben Nikolai Petrow, Maria Lipman und Henry Hale Russland als eine »überkontrollierte (*overmanaged*) Demokratie,« in welcher die politische Führung persönliche Intervention im Sinne einer »manuellen Steuerung« verwendet, um das Überleben des Regimes zu garantieren. Solch ein System ist eher fähig, den sozialen Idealen der Bevölkerung gerecht zu werden als eines, welches auf Repression setzt. In einem Artikel in der *Slavic Review* argumentieren Timothy Colton und Henry Hale, dass Putin Wahlen deshalb gewinnt, weil die Wähler grundsätzlich mit seiner Politik übereinstimmen, seine Führungsqualitäten schätzen sowie seine Fähigkeiten bewundern, Kompetenz auszustrahlen. Schlussendlich, so die Argumentation der Autoren, müssen Putin und Medwedew die Wähler so ansprechen, dass sie ihre Gegner in Wahlen besiegen.

Ein zweiter, von Wladimir Gelman entwickelter Ansatz, beschreibt das bestehende System als eines der »undemokratischen Konsolidierung«. Gemäß dieser Betrachtungsweise gibt es in Russland Wahlen, die zwar frei, aber nicht fair seien. Es bestehe ein eingeschränkter Wettbewerb bei Wahlen. Dieser reiche jedoch nicht aus, die bestehende Elite zu ersetzen. Im Gegensatz zum Ansatz der Hybriden Regime, welcher das aktuelle System als instabil begreift, betont Gelmans Ansatz stärker die Langlebigkeit des *Status quo*.

Eine dritte Perspektive hebt den »autoritären Staatsaufbau« hervor. Dieser Ansatz konzentriert sich auf die Anwendung repressiver Elemente, die Sicherung des Zusammenhalts der Elite sowie auf die Aufrechterhaltung einer herrschenden Partei, welche die politische Umgebung formt, als Schlüsselfaktoren für den Aufbau einer undemokratischen Regierung. Durch die Hervorhebung dieser Charakteristika versucht dieser Ansatz andere Analysen zu korrigieren, die Elemente wie Zivilgesellschaft und den Aufbau demokratischer Institutionen betonen.

Ein vierter Ansatz beleuchtet die Bedeutung »virtueller Politik«. Auf Grund einer mehrheitlich passiven Wahlbevölkerung kann die Elite den Informationsfluss kontrollieren, um die Wahrnehmung aktueller Ereignisse zu beeinflussen. Diese Informationsbeeinflussung garantiert der Elite den Machterhalt.

Ein fünfter Ansatz behauptet, dass Wahlen in Russland größtenteils Betrug seien. Vertreter dieser Richtung sind zum Beispiel Mikhail Myagkow, Peter C. Ordeshook und Dimitri Schakin mit ihrem Buch *The Forensics of Election Fraud (Die Forensik des Wahlbetrugs)*, in dem sie behaupten, bei der Präsidentenwahl 2004 sowie der Dumawahl 2007 10 Million zweifelhafter Stimmen ausfindig gemacht zu haben. Die Präsidentenwahl 2008 war ihrer Meinung nach so manipuliert, dass sie gar nicht erst als Wahl anerkannt werden sollte. Ihre Untersuchung weist im besonderen auf die unglaublich hohe Wahlbeteiligung in den Republiken des Nordkaukasus sowie in Tatarstan und Baschkortostan hin, welche auf Wahlbetrug schließen lässt. Die russischen Behörden haben dem Verdacht auf Wahlbetrug nicht unwesentlich Vorschub geleistet, als sie den OSZE-Wahlbeobachtern so strenge Auflagen machten, dass die Organisation die Wahlbeobachtung bei der Dumawahl 2007 und der Präsidentenwahl 2008 verweigerte.

In deutlichem Kontrast zu den bisherigen Ansätzen steht schlussendlich die Perspektive der russischen Führung, welche behauptet, das gegenwärtige System sei demokratisch. In seinem Buch, welches die Gewinner und Verlierer der umstrittenen Regionalwahl vom 11. Oktober 2009 analysiert, schreibt Igor Borisow, Mitglied der Zentralen Wahlkommission, dass »mit der Verabschiedung der Verfassung vom 12. Dezember 1993, die russische Föderation ein modernes demokratisches Wahlsystem herauszubilden begann. In den vergangenen Jahren wurde die Wahl als Institution als ein funktionierender Mechanismus zur Verwirklichung des Volkswillens auf allen Ebenen – von der lokalen Selbstverwaltung bis zu den föderalen Staatsorganen organisch in das russische sozial-politische System integriert.«

Ein Analyserahmen

Jeder dieser Ansätze verweist auf unterschiedliche Elemente des Regimes und definiert somit seine wesentlichen Charakteristika. Die Ansätze bieten eine hilfreiche Auswahl an Konzepten zur Erklärung der oben beschriebenen politischen Entwicklungen.

Zur Entwicklung eines Analyserahmens geht man sinnvollerweise davon aus, dass das heutige russische System von Natur aus autoritär ist, in dem Sinne, dass es alle wichtigen politischen Institutionen zu kontrollieren versucht, umso mehr, als die Führung bestrebt ist, jede Form von Unsicherheit im Vorfeld von Wahlen auszuschließen.

Ein zweites charakteristisches Merkmal ist das Fehlen einer lebensfähigen Opposition mit Zugang zum politischen System, durch die die Bevölkerung ihre poli-

tischen Wünsche artikulieren und konsolidieren kann. Das Fehlen einer effektiven Opposition erschwert es der Bevölkerung, sich eine realistische Alternative zur aktuellen Führung vorzustellen. Durch das Fehlen einer Opposition bleibt den Wählern nur die Möglichkeit der Protestwahl, bei der sie jeden unterstützen, der gegen den Kandidaten von »Einiges Russland« antritt.

Als dritte Besonderheit ist auf die Schwierigkeit des herrschenden Regimes zu verweisen, sich selbst zu erneuern. Wahlen dienen dem Zweck, neue Führungspersonen ausfindig zu machen und zu fördern. Indem sie sich als Kandidaten zur Wahl aufstellen lassen und neue Lösungen für gesellschaftliche Herausforderungen vorschlagen, können sich junge Menschen, einer größeren Öffentlichkeit vorstellen und nützliche Regierungserfahrung auf lokaler und regionaler Ebene erwerben. Am Ende sind solche Führungspersonen fähig, für föderale Ämter zu kandidieren und sich als Alternative zur herrschenden Elite zu präsentieren. Da es keine freien und fairen Wahlen gibt, ist die russische Führung jedoch auf andere Formen der Elitenrekrutierung angewiesen. Ein Beispiel ist die Schaffung einer präsidentiellen Kaderreserve als eine Art der Rekrutierung und Förderung neuer Eliten, ähnlich des Nomenklatura-Systems in der Sowjet-Ära. Solch ein System ist weniger geeignet, *Politiker* hervorzubringen, die fähig sind, unterschiedliche Interessen zu artikulieren und zu integrieren. Viel eher wird es *bürokratische Manager* generieren, welche von der

bestehenden Elite unterstützt werden. Während Medwedew die Verwendung der Reserve kürzlich wieder aufleben ließ, ergab eine Analyse von Putins erster präsidentieller Legislaturperiode, dass diese Praxis eher der Konsolidierung eines autoritären als eines demokratischen Systems förderlich war.

Schließlich wird das Regime durch die Notwendigkeit definiert, Informationen zu sammeln. Russlands föderale Führung ist auf genaue Informationen über die Wünsche der Bevölkerung angewiesen, um sicher zu stellen, dass seine Politik und die Bereitstellung öffentlicher Leistungen ausreichen, um den Ausbruch von Unruhen zu verhindern. Angesichts der Tatsache, dass der Ausgang russischer Wahlen in erheblichem Maße kontrolliert und politische Diskussion in Presse und Rundfunk eingeschränkt wird, ist die Führung auf andere Informationsquellen angewiesen, will sie wissen, was im Lande geschieht. Da es keine unabhängigen Medien gibt, stammen diese Informationen typischerweise von den Geheimdiensten und den Bürokratien. Die lebhaften Diskussionen im Internet können heutzutage sicher auch eine nützliche Quelle sein. Bis jetzt hat die Führung relativ erfolgreich die allgemeinen Bedürfnisse erfüllt, aber auch wenn nötig die Polizei gegen jede Art von auftretendem Protest eingesetzt, um zu verhindern, dass sich unerfüllte Forderungen in regime-gefährdende Instabilität verwandeln könnte.

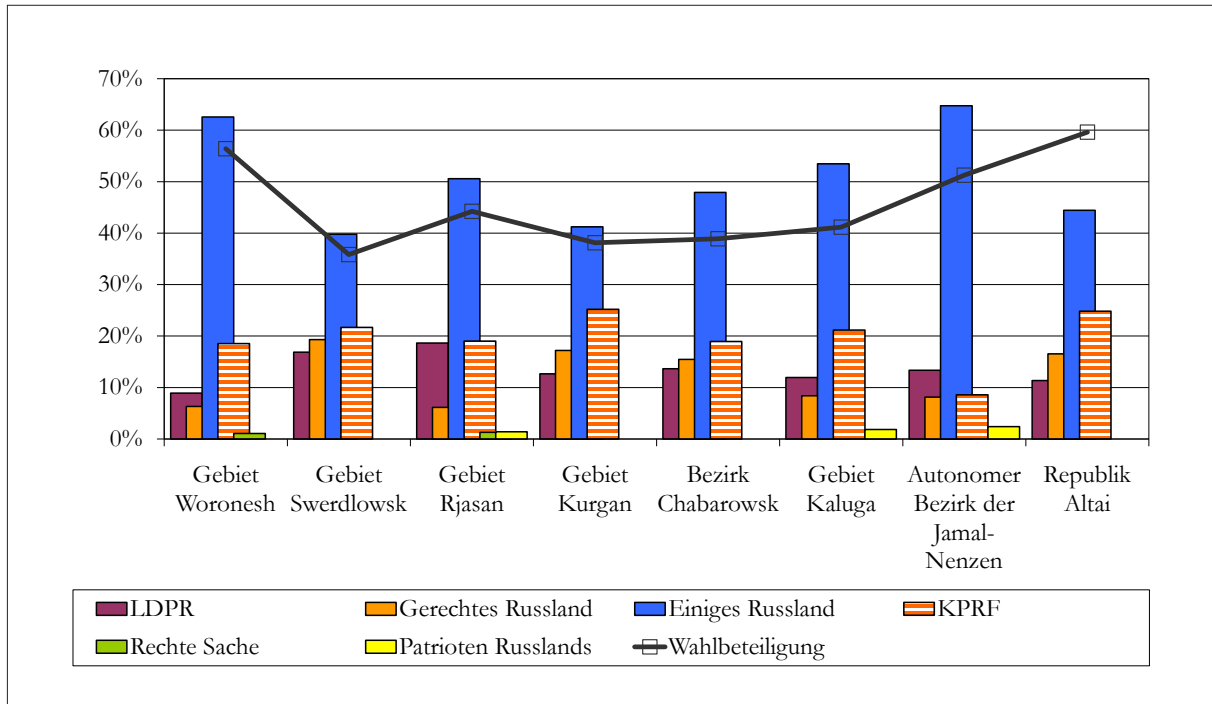
Übersetzung : Christoph Laug

Über den Autor

Robert W. Ortting ist Visiting Fellow am Zentrum für Sicherheitsstudien der Eidgenössischen Technischen Hochschule in Zürich und Präsident des Resource Security Institute.

Lesetipps

- Colton, Timothy and Henry E. Hale, "The Putin vote: presidential electorates in a hybrid regime," *Slavic Review*, 68(3), (Fall 2009), pp. 473–503.
- Freedom House, *Nations in Transit*, <http://www.freedomhouse.org/template.cfm?page=17>.
- Eugene Huskey, "Nomenklatura lite? The Cadres Reserve (Kadrovyyi rezerv) in Russian Public Administration," *National Council for Eurasian and East European Research*, October 24, 2003, <http://www.ucis.pitt.edu/nceeer/2003-817-04-2-Huskey.pdf>.
- Institut für moderne Entwicklung (INSOR): *Russland im XXI Jahrhundert: Modell einer wünschenswerten Zukunft*. Moskau-Berlin, März 2010, http://deu.fesmos.ru/netcat_files/File/Kurzfassung%20ModernisierungsvortragDE.pdf
- Myagkov, Mikhail, Peter C. Ordeshook, and Dimitri Shakin, *The Forensics of Election Fraud*, New York: Cambridge University Press, 2009.
- Peregudov, Sergei, "The Russian Political System After the Elections of 2007–2008: Stabilizing and Destabilizing Factors," *Russian Politics and Law* 47:6, November–December 2009, pp. 47–87.
- Petrov, Nikolay, Maria Lipman, and Henry E. Hale, *Overmanaged Democracy in Russia: Governance Implications of Hybrid Regimes*, *Carnegie Papers* no. 106, February 2010.
- Way, Lucan A., "Authoritarian State-Building and the Sources of Regime Competitiveness in the Fourth Wave," *World Politics* 57, January 2005, pp. 231–61.

Dokumentation
Ergebnisse der Parlamentswahlen in acht Regionen am 14.3.2010


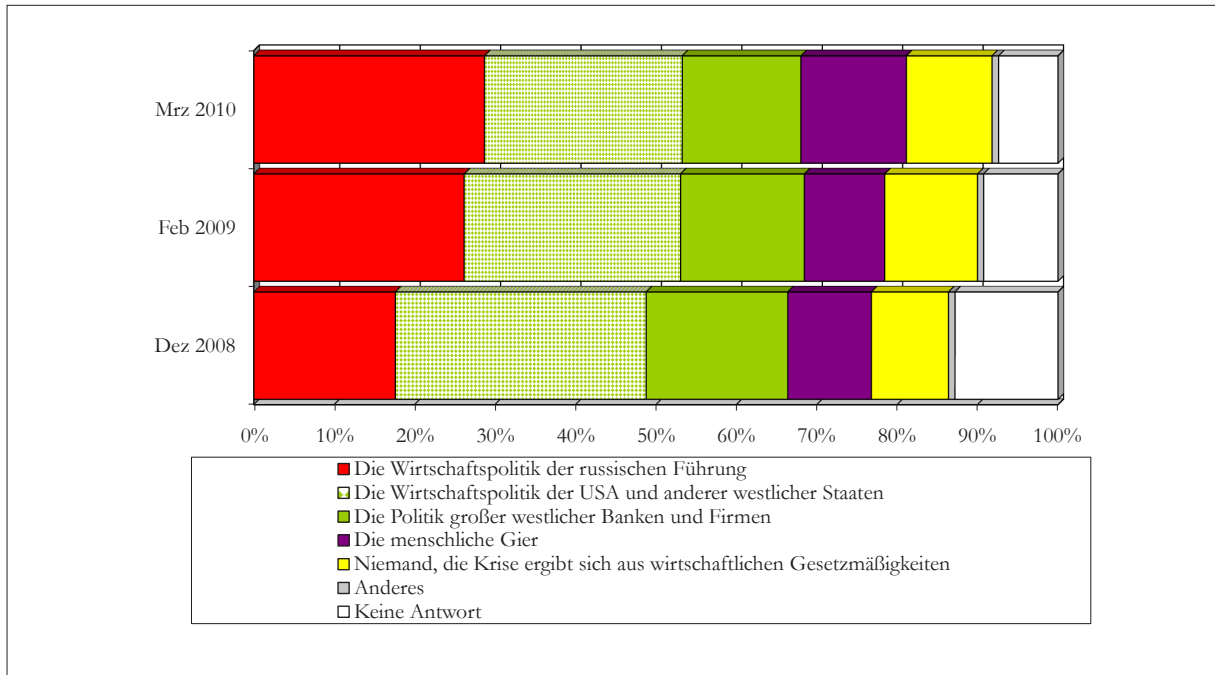
| | Gebiet Woronesh | Gebiet Swerdlowsk | Gebiet Rjasan | Gebiet Kurgan | Bezirk Chabarowsk | Gebiet Kaluga | Autonomer Bezirk der Jamal-Nenzen | Republik Altai |
|---------------------|-----------------|-------------------|---------------|---------------|-------------------|---------------|-----------------------------------|----------------|
| LDPR | 8,93 % | 16,88 % | 18,65 % | 12,66 % | 13,63 % | 11,93 % | 13,35 % | 11,37 % |
| Gerechtes Russland | 6,32 % | 19,30 % | 6,15 % | 17,20 % | 15,45 % | 8,40 % | 8,14 % | 16,52 % |
| Einiges Russland | 62,55 % | 39,79 % | 50,58 % | 41,23 % | 47,93 % | 53,45 % | 64,76 % | 44,43 % |
| KPRF | 18,52 % | 21,69 % | 19,01 % | 25,21 % | 18,93 % | 21,17 % | 8,57 % | 24,83 % |
| Rechte Sache | 1,06 % | | 1,29 % | | | | | |
| Patrioten Russlands | | | 1,39 % | | | 1,86 % | 2,40 % | |
| Wahlbeteiligung | 56,39 % | 35,83 % | 44,23 % | 38,14 % | 38,92 % | 41,15 % | 51,25 % | 59,63 % |

Quelle: Angaben der regionalen Wahlkommissionen, abgefragt am 23.3.2010: <http://www.vybory.izbirkom.ru/region/izbirkom?action=show&vrn=2042000164954®ion=2&prver=1&pronetvd=1>; <http://www.vybory.izbirkom.ru/region/izbirkom?action=show&vrn=2662000289582®ion=66&prver=0&pronetvd=null>; <http://www.vybory.izbirkom.ru/region/izbirkom?action=show&vrn=2892000193027®ion=89&prver=0&pronetvd=0>; <http://www.vybory.izbirkom.ru/region/izbirkom?action=show&vrn=2402000155518®ion=40&prver=0&pronetvd=null>; <http://www.vybory.izbirkom.ru/region/izbirkom?action=show&vrn=2272000245817®ion=27&prver=1&pronetvd=1>; <http://www.vybory.izbirkom.ru/region/izbirkom?action=show&vrn=2362000269056®ion=36&prver=0&pronetvd=0>; <http://www.vybory.izbirkom.ru/region/izbirkom?action=show&vrn=2622000248614®ion=62&prver=1&pronetvd=1>; <http://www.vybory.izbirkom.ru/region/izbirkom?action=show&vrn=2452000334020®ion=45&prver=0&pronetvd=0>.

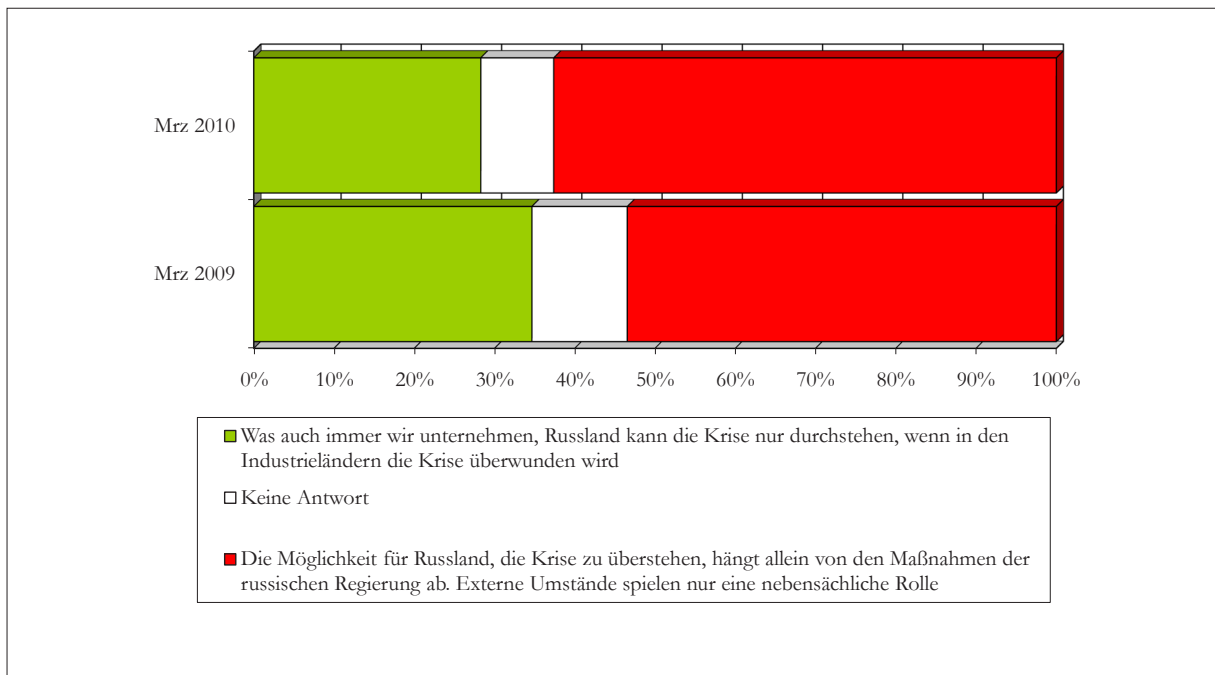
Umfrage

Über den Zustand und die Perspektiven der russischen Wirtschaft

Wer ist an der aktuellen Finanzkrise in Russland schuld?

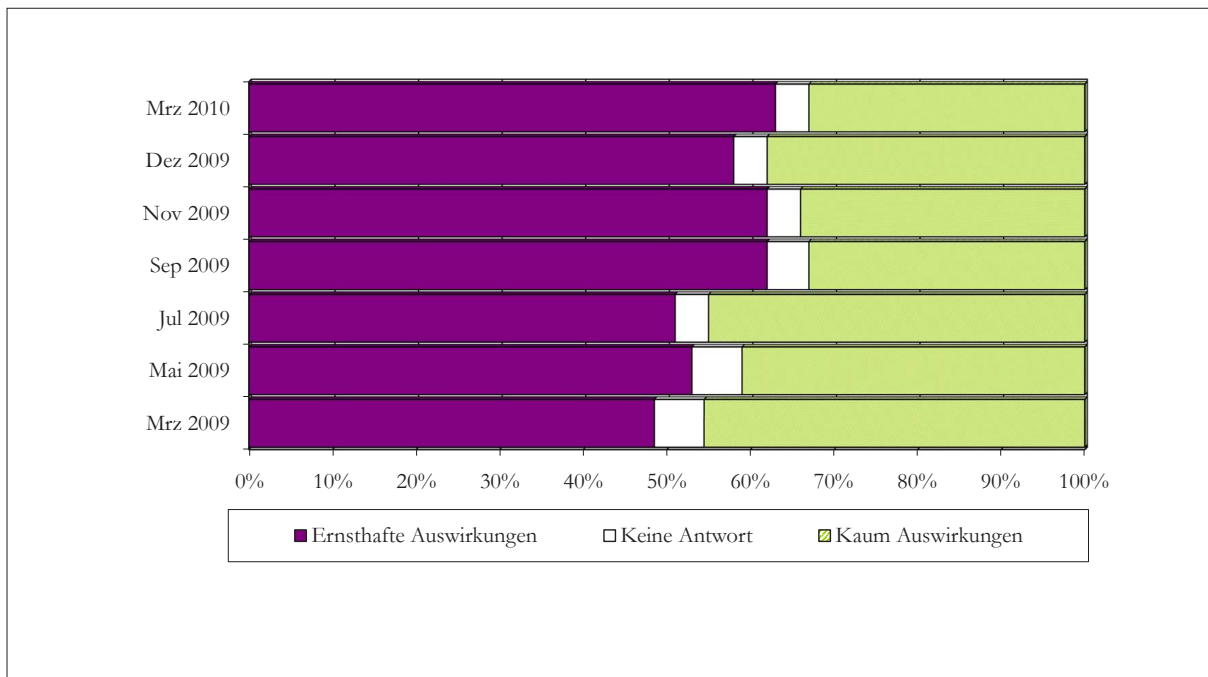


Wieweit ist die Lage in Russland vom Zustand der Weltwirtschaft abhängig?

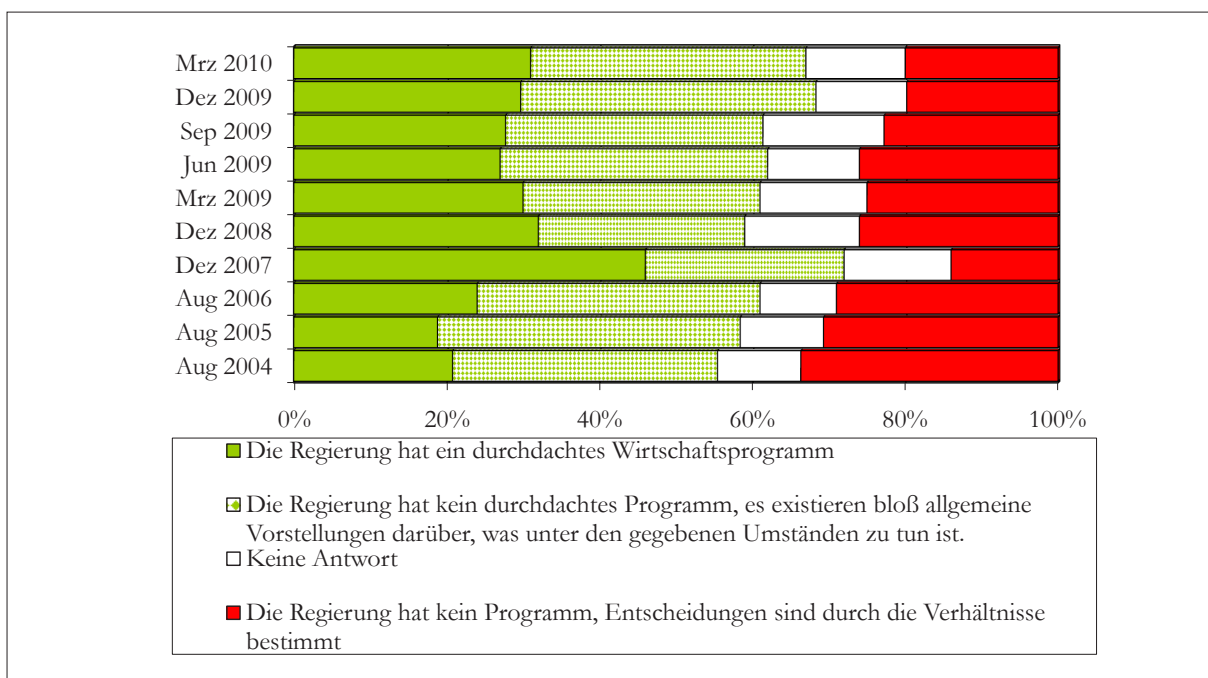


Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 19.--3.3.2010 <http://www.levada.ru/press/2010040900.html>

Haben sich die Krisenerscheinungen der russischen Wirtschaft auf das tägliche Leben Ihrer Familie ausgewirkt?

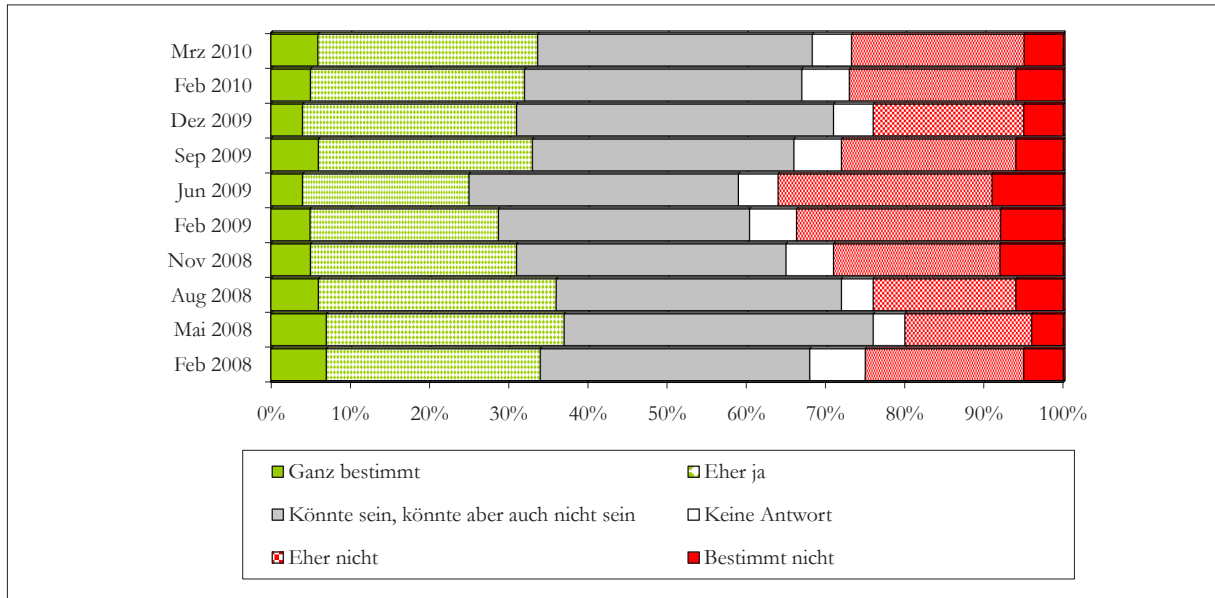


Hat die russische Regierung Ihrer Meinung nach ein durchdachtes Wirtschaftsprogramm?



Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 19.--3.3.2010 <http://www.levada.ru/press/2010040900.html>

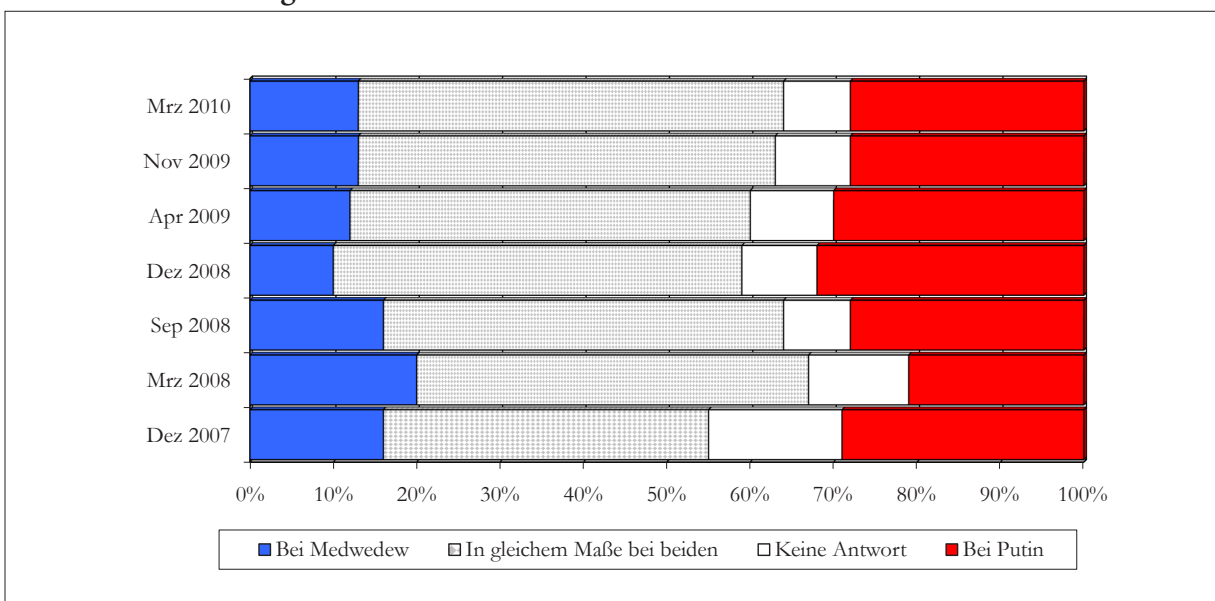
Kann die russische Regierung in nächster Zukunft eine Verbesserung der Lage im Land erreichen?



Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 19.--3.3.2010 <http://www.levada.ru/press/2010040900.html>

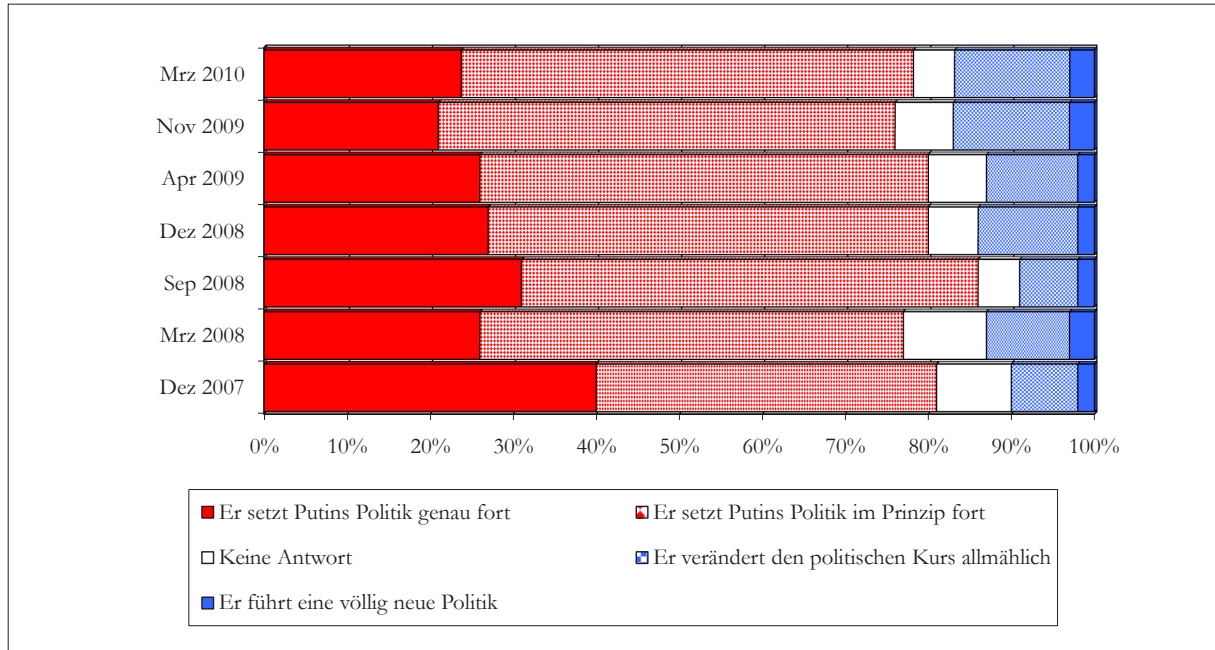
In wessen Händen befindet sich die Macht in Russland?

In wessen Händen liegt momentan die reale Macht in Russland?

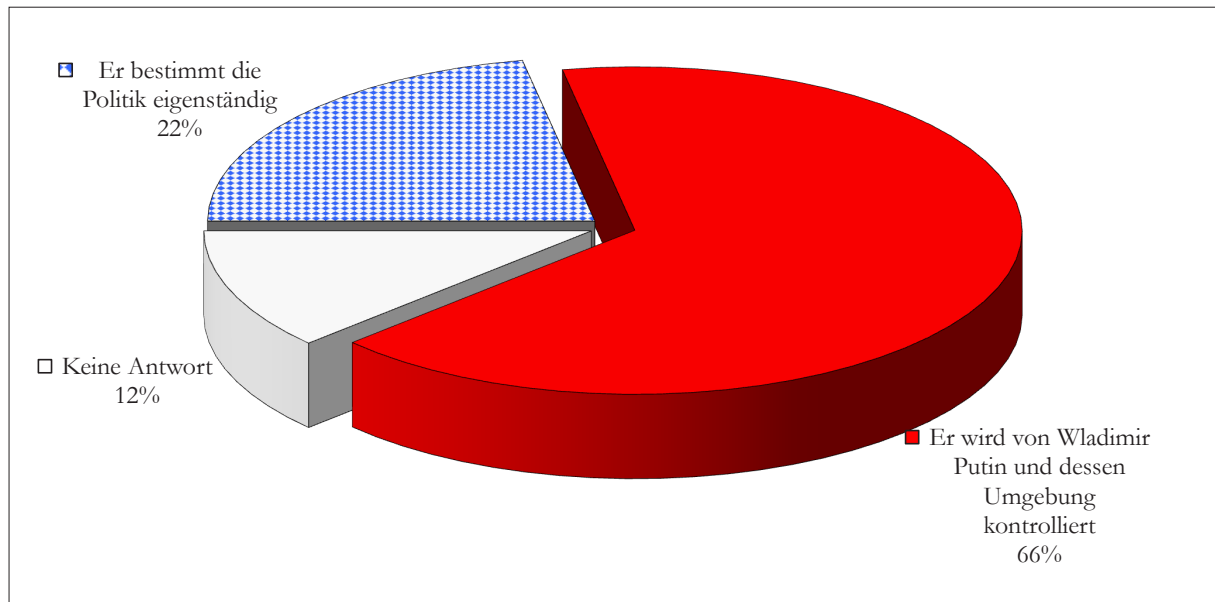


Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 19.--23.3.2010 <http://www.levada.ru/press/2010041302.html>

Setzt Dimitrij Medwedew die Politik Putins fort oder führt er eine völlig neue Politik?



Bestimmt Dimitrij Medwedew die Politik eigenständig?



Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 19.–23.3.2010 <http://www.levada.ru/press/2010041302.html>

Nach den Wahlen 2012: Was machen Putin und Medwedew?

| | Medwedew | Putin |
|---|----------|-------|
| Er bleibt / wird erneut Präsident Russlands | 36 % | 39 % |
| Er wird / bleibt russischer Ministerpräsident | 24 % | 34 % |
| Er wird Sprecher der Staatsduma oder des Föderationsrates | 4 % | 3 % |
| Er wird / bleibt Vorsitzender der Partei „Einiges Russland“ | 3 % | 2 % |
| Er wird Vorsitzender eines großen Staatsbetriebs | 3 % | 1 % |
| Er wird Vorsitzender des Obersten- bzw. Des Verfassungsgerichts | 2 % | 1 % |
| Er wird sich ins Privatleben zurückziehen | 2 % | 1 % |
| Er wird Vorsitzender einer großen gemeinnützigen Gesellschaft | <1 % | 1 % |
| Anderes | <1 % | <1 % |
| Keine Antwort | 25 % | 21 % |

Quelle: Umfrage des Lewada-Zentrums, 19.–23.3.2010 <http://www.levada.ru/press/2010041402.html>

Was ist wichtiger – Demokratie oder Ordnung?

Was ist Ihrer Meinung nach in Russland aktuell wichtiger? (geschlossene Frage mit einer Antwortmöglichkeit)

| | 2000 | 2010 |
|--|------|------|
| Ordnung, auch wenn zu ihrer Erreichung einige demokratische Prinzipien verletzt und persönliche Freiheiten eingeschränkt werden. | 75 % | 72 % |
| Demokratie, auch wenn die Einhaltung demokratischer Standards auch zerstörerischen und kriminellen Elementen Freiheiten gewährt | 13 % | 16 % |
| Keine Antwort | 13 % | 12 % |

Quelle: Umfragen des WZIOM vom 9.–11.1.2010

http://wciom.ru/novosti/press-vypuski/press-vypusk/single/13394.html?no_cache=1&cHash=3667a0b1cd&print=1

Was bedeutet Ihrer Meinung nach »Ordnung«?
(geschlossene Frage, maximal zwei Antwortmöglichkeiten)

| | 2000 | 2010 |
|--|------|------|
| Die politische und wirtschaftliche Stabilität eines Landes | 46 % | 41 % |
| Die soziale Absicherung einkommensschwacher Bevölkerungsschichten | 25 % | 29 % |
| Die Beendigung von Machtkämpfen sowie dem Zerfall des Landes | 32 % | 27 % |
| Die Möglichkeit für jeden, seine Rechte zu realisieren | 16 % | 25 % |
| Die Beendigung von Plünderung und Diebstahl am Land | 34 % | 25 % |
| Die strenge Einhaltung der Gesetze | 35 % | 24 % |
| Eiserne Disziplin | 21 % | 18 % |
| Den Einsatz der Armee sowie Sicherheitsdienste zur Verbrechensbekämpfung | 13 % | 7 % |
| Die Einschränkung demokratischer Rechte und Freiheiten | 2 % | 1 % |
| Die Parole, hinter der sich der Weg zur Diktatur verbirgt | 1 % | 1 % |
| Anderes | 1 % | 1 % |
| Keine Antwort | 2 % | 4 % |

Quelle: Umfragen des WZIAM vom 9.–11.1.2010

http://wciom.ru/novosti/press-vypuski/press-vypusk/single/13394.html?no_cache=1&cHash=3667a0b1cd&print=1

Was bedeutet Ihrer Meinung nach »Demokratie«?
(geschlossene Frage, maximal zwei Antwortmöglichkeiten)

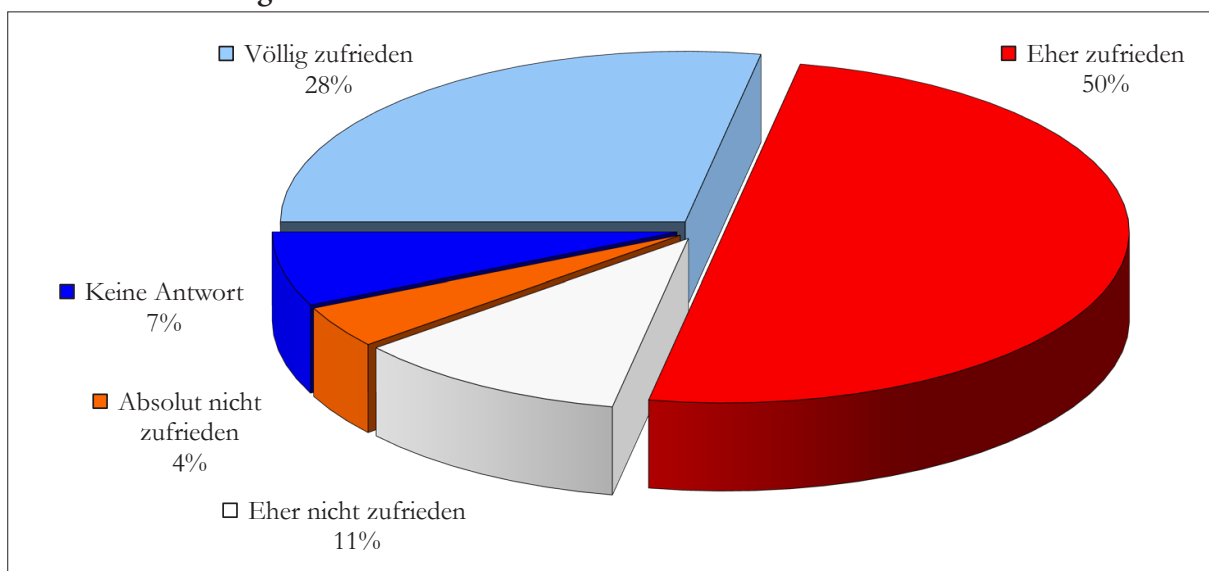
| | 2000 | 2010 |
|--|------|------|
| Rede-, Presse- und Religionsfreiheit | 37 % | 44 % |
| Die wirtschaftliche Prosperität eines Landes | 34 % | 28 % |
| Strenge Gesetzmäßigkeit | 31 % | 21 % |
| Ordnung und Stabilität | 31 % | 19 % |
| Die Wählbarkeit aller höheren staatlichen Führungspersonen | 15 % | 18 % |
| Leeres Geschwätz | 10 % | 11 % |
| Die Möglichkeit jedes Einzelnen, zu tun und zu lassen, was er möchte | 8 % | 10 % |
| Minderheitenschutz | 4 % | 6 % |
| Anarchie und Regierungslosigkeit | 5 % | 6 % |
| Die Unterordnung der Minderheit unter die Mehrheit | 5 % | 4 % |
| Anderes | 1 % | 1 % |
| Keine Antwort | 8 % | 8 % |

Quelle: Umfragen des WZIAM vom 9.–11.1.2010

http://wciom.ru/novosti/press-vypuski/press-vypusk/single/13394.html?no_cache=1&cHash=3667a0b1cd&print=1

Zehn Jahre Putin

Sind Sie mit den Ergebnissen der Arbeit Wladimir Putins als Präsident zufrieden?



Gab es Ihrer Meinung nach in der Arbeit Wladimir Putins als Präsident bedeutende Leistungen, Erfolge? (offene Frage, beliebige Anzahl an Antworten)

| | |
|---|------|
| Die Verbesserung der Lebensbedingungen der Veteranen und Pensionäre sowie eine Rentenerhöhung | 10 % |
| Die Überwindung der Krise, des Zerfalls | 9 % |
| Die Imageverbesserung Russlands auf internationaler Bühne | 8 % |
| Der Anstieg des Lebensniveaus der Bevölkerung | 8 % |
| Stabilisierung des Landes | 7 % |
| Erfolge im sozialen Bereich | 7 % |
| Allgemein positive Bewertung der Arbeit Putins | 4 % |
| Stabilisierung des Nord-Kaukasus, Beendigung der Kriege | 3 % |
| Verkürzung der Wehrdienstzeit, Erhöhung der Verteidigungsfähigkeit des Landes | 3 % |
| Fristgerechte Auszahlung der Löhne und Renten | 2 % |
| Inflationsbekämpfung | 1 % |
| Korruptionsbekämpfung | 1 % |
| Haushaltsüberschuss, Rückzahlung ausländischer Schulden | 1 % |
| Festigung der Demokratie | 1 % |
| Es gab keine Erfolge | 12 % |
| Anderes | 2 % |
| Keine Antwort | 39 % |

Quelle: Umfragen des WZIAM vom 27.–28.3.2010

http://wciom.ru/novosti/press-vypuski/press-vypusk/single/13384.html?no_cache=1&cHash=adca799974&print=1

Gab es Ihrer Meinung nach in der Arbeit Wladimir Putins als Präsident ernsthafte Misserfolge, Fehler oder Niederlagen? (offene Frage, beliebige Anzahl an Antworten)

| | |
|---|------|
| Ausbreitung der Korruption in allen gesellschaftlichen Sphären | 5 % |
| Niedergang in Industrie und Landwirtschaft | 3 % |
| Anstieg der Arbeitslosigkeit | 2 % |
| Anstieg der Preise und Zölle | 2 % |
| Verschärfung der Umstände im Sozialsektor | 2 % |
| Rückgang des Lebensstandards der Bevölkerung, Verschärfung der sozialen Differenzierung | 2 % |
| Putin kontrollierte die Durchführung seiner Entscheidungen nicht, brachte sie nicht zu Ende | 2 % |
| Unzählige Terroranschläge | 1 % |
| Probleme in den Sicherheitsorganen | 1 % |
| Der Krieg in Tschetschenien | 1 % |
| Wahlreform, kein Wettbewerb bei Wahlen | 1 % |
| Fehleinschätzungen in der Außenpolitik | 1 % |
| Probleme im Bildungsbereich | 1 % |
| Niedergang des Sports | 1 % |
| Wirtschaftskrise | 1 % |
| Es gab keine Misserfolge | 30 % |
| Anderes | 4 % |
| Keine Antwort | 48 % |

Quelle: Umfragen des WZIAM vom 27.–28.3.2010

http://wciom.ru/novosti/press-vypuski/press-vypusk/single/13384.html?no_cache=1&cHash=adca799974&print=1

Wie haben sich Ihrer Meinung nach die Umstände in unterschiedlichen Lebensbereichen der russischen Gesellschaft während der Präsidentschaft Putins verändert? (geschlossene Frageform, eine Antwortmöglichkeit je Block)

Lebensstandard der Bevölkerung

| | 2005 | 2006 | 2008 | 2010 |
|-------------------------|------|------|------|------|
| hat sich verbessert | 48 % | 54 % | 64 % | 66 % |
| ist gleich geblieben | 28 % | 26 % | 24 % | 19 % |
| hat sich verschlechtert | 23 % | 16 % | 7 % | 10 % |
| weiß nicht | 2 % | 4 % | 5 % | 4 % |

Quelle: Umfragen des WZIAM vom 27.–28.3.2010

http://wciom.ru/novosti/press-vypuski/press-vypusk/single/13384.html?no_cache=1&cHash=adca799974&print=1

(Fortsetzung auf der nächsten Seite)

Wie haben sich Ihrer Meinung nach die Umstände in unterschiedlichen Lebensbereichen der russischen Gesellschaft während der Präsidentschaft Putins verändert? (geschlossene Frageform, eine Antwortmöglichkeit je Block) (Fortsetzung von vorheriger Seite)

Das Verhältnis zwischen Menschen unterschiedlicher Nationalitäten

| | 2005 | 2006 | 2008 | 2010 |
|-------------------------|------|------|------|------|
| hat sich verbessert | 16 % | 20 % | 31 % | 32 % |
| ist gleich geblieben | 42 % | 41 % | 41 % | 42 % |
| hat sich verschlechtert | 35 % | 32 % | 16 % | 16 % |
| weiß nicht | 7 % | 7 % | 12 % | 10 % |

Erwerbschancen

| | 2005 | 2006 | 2008 | 2010 |
|---------------------------|------|------|------|------|
| haben sich verbessert | 38 % | 45 % | 51 % | 47 % |
| sind gleich geblieben | 31 % | 30 % | 29 % | 26 % |
| haben sich verschlechtert | 24 % | 17 % | 11 % | 17 % |
| weiß nicht | 7 % | 7 % | 9 % | 9 % |

Umstände im Sozialsektor (Gesundheitsfürsorge, Bildung, Wissenschaft, Kultur)

| | 2005 | 2006 | 2008 | 2010 |
|---------------------------|------|------|------|------|
| haben sich verbessert | 18 % | 31 % | 41 % | 44 % |
| sind gleich geblieben | 33 % | 33 % | 31 % | 27 % |
| haben sich verschlechtert | 45 % | 28 % | 20 % | 21 % |
| weiß nicht | 4 % | 8 % | 7 % | 8 % |

Die Situation im Bereich Ordnung und Recht

| | 2005 | 2006 | 2008 | 2010 |
|-------------------------|------|------|------|------|
| hat sich verbessert | 17 % | 23 % | 29 % | 29 % |
| ist gleich geblieben | 39 % | 42 % | 40 % | 40 % |
| hat sich verschlechtert | 36 % | 27 % | 16 % | 20 % |
| weiß nicht | 9 % | 9 % | 15 % | 11 % |

Zustand der persönlichen Sicherheit der Staatsbürger

| | 2005 | 2006 | 2008 | 2010 |
|-------------------------|------|------|------|------|
| hat sich verbessert | 15 % | 20 % | 25 % | 25 % |
| ist gleich geblieben | 39 % | 45 % | 45 % | 48 % |
| hat sich verschlechtert | 40 % | 28 % | 15 % | 17 % |
| weiß nicht | 5 % | 7 % | 15 % | 10 % |

Quelle: Umfragen des WZIAM vom 27.–28.3.2010

http://wciom.ru/novosti/press-vypuski/press-vypusk/single/13384.html?no_cache=1&cHash=adca799974&print=1

(Fortsetzung auf der nächsten Seite)

Wie haben sich Ihrer Meinung nach die Umstände in unterschiedlichen Lebensbereichen der russischen Gesellschaft während der Präsidentschaft Putins verändert? (geschlossene Frageform, eine Antwortmöglichkeit je Block) (Fortsetzung von vorheriger Seite)

Zustand von Freiheit und Reicht, der Demokratieentwicklung

| | 2005 | 2006 | 2008 | 2010 |
|-------------------------|------|------|------|------|
| hat sich verbessert | 22 % | 26 % | 31 % | 33 % |
| ist gleich geblieben | 41 % | 43 % | 38 % | 38 % |
| hat sich verschlechtert | 20 % | 14 % | 9 % | 12 % |
| weiß nicht | 17 % | 17 % | 22 % | 17 % |

Zustand beim Kampf gegen die Korruption

| | 2005 | 2006 | 2008 | 2010 |
|-------------------------|------|------|------|------|
| hat sich verbessert | 17 % | 23 % | 29 % | 29 % |
| ist gleich geblieben | 39 % | 40 % | 35 % | 36 % |
| hat sich verschlechtert | 31 % | 24 % | 16 % | 25 % |
| weiß nicht | 13 % | 13 % | 20 % | 10 % |

Die Lage in Tschetschenien, im Nord-Kaukasus

| | 2005 | 2006 | 2008 | 2010 |
|-------------------------|------|------|------|------|
| hat sich verbessert | 33 % | 50 % | 56 % | 54 % |
| ist gleich geblieben | 39 % | 30 % | 22 % | 27 % |
| hat sich verschlechtert | 12 % | 8 % | 3 % | 7 % |
| weiß nicht | 16 % | 12 % | 19 % | 12 % |

Die Position Russlands in der internationalen Gemeinschaft

| | 2005 | 2006 | 2008 | 2010 |
|-------------------------|------|------|------|------|
| hat sich verbessert | 49 % | 55 % | 71 % | 65 % |
| ist gleich geblieben | 25 % | 24 % | 14 % | 20 % |
| hat sich verschlechtert | 11 % | 6 % | 2 % | 4 % |
| weiß nicht | 16 % | 15 % | 13 % | 12 % |

Quelle: Umfragen des WZIAM vom 27.–28.3.2010

http://wciom.ru/novosti/press-vypuski/press-vypusk/single/13384.html?no_cache=1&cHash=adca799974&print=1

Dokumentation
Uhren, getragen von russischen Politikern 2009

| Name | Position im Oktober 2009 | Deklariertes Einkommen 2008 | Uhr | Preis |
|------------------------|--|-------------------------------------|---|--------------------------|
| Artjakov, Wladimir | Gouverneur des Gebiets Samara | 9,88 Mio. Rbl/ 223.529,41 € | Ulysse Nardin, Quadrato Dual Time Perpetual Calendar DeWitt, Academia Tourbillon Differentiel rose gold | \$22.800 SFr. 225.000 |
| Chloponin, Aleksandr | Gouverneur von Krasnojarsk | 634,99 Mio. Rbl/ 14.366.289,59 € | Rolex, Oyster Perpetual Cosmograph Daytona | \$27.000 |
| Dmitriew, Wladimir | Vorsitzender der Wneschekonombank | | Vacheron Constantin Les Complications Retro 245 | \$19.000 |
| Gref, German | Präsident der Sberbank | | Breguet, Classique Extra-Flat, ref.5157 | \$14.200 |
| Ischajew, Wiktor | Präsidentialbevollmächtigter für den Föderalbezirk Fernost | | La Grande Classique de Longines | 39.200Rbl/ 886 € |
| Jakunin, Wladimir | Präsident von »Russische Eisenbahnen« | | A. Lange & Soehne, Grand Lange | \$31.100 |
| Kadyrov, Ramsan | Präsident von Tschetschenien | | Bovet, Fleurier Minute Repeater with Reversed Hand Fitting in 18K Weißgold | \$300.000 |
| Kosatschew, Konstantin | Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses der Duma | | Patek Philippe, Calatrava Grande Taille | \$16.100 |
| Kostin, Andrej | Präsident der staatlichen Außenhandelsbank WTB | | Patek Philippe, Sky Moon | \$240.800 |
| Kosak, Dmitrij | Stellvertretender Ministerpräsident | 3,42 Mio. Rbl/ 77.375,57 € | Ulysse Nardin, Maxi Marine Chronometer | \$15.900 |
| Kudrin, Aleksej | Finanzminister | 5,69 Mio. Rbl/ 128.733,03 € | Breguet, Classique Automatic ref. 5140 | \$14.900 |
| Lewitin, Igor | Transportminister | 20,61 Mio. Rbl/ 466.289,59 € | Patek Philippe, Perpetual Calendar ref.5159 | \$74.800 |
| Lushkow, Jurij | Moskauer Bürgermeister | 6,21 Mio. Rbl/ 140.497,74 € | Vacheron Constantin, Patrimony Contemporaine Automatic, ref.X85R9006 | \$19.100 |
| Mawienko, Walentina | Gouverneurin von St. Petersburg | 1,72 Mio. Rbl/ 38.914,03 € | Harry Winston, Avenue Captive | \$26.600 |
| Medwedew, Dmitrij | Präsident | 4,14 Mio. Rbl/ 93.665,16 € | Breguet, Classique Moon Phase | \$32.200 |
| Melikjan, Gennadij | Erster Stellvertretender Vorsitzender der Zentralbank | | La Grande Classique de Longines | 78.400Rbl/ 1.773 € |
| Miller, Aleksej | Vorstandsvorsitzender von »Gazprom« | | Breguet, Classique Grande Complication Tourbillon | \$112.100 |

(Fortsetzung auf der nächsten Seite)

Uhren, getragen von russischen Politikern 2009 (Fortsetzung von vorheriger Seite)

| Name | Position im Oktober 2009 | Deklariertes Einkommen 2008 | Uhr | Preis |
|---------------------|---|--------------------------------|---|-----------------------------|
| Milowidov, Wladimir | Leiter des Föderalen Dienstes für die Finanzmärkte | | Senator Panorama Date | 7.700 € |
| Naryschkin, Sergej | Leiter der Präsidentialadministration | 5,77 Mio. Rbl/ 130.542,99 € | Patek Philippe, Annual Calendar ref.5146 | \$29.700 |
| Putin, Wladimir | Ministerpräsident | 4,72 Mio. Rbl/ 106.787,33 € | IWC Pilot's Watch Mark XV Blancpain, Leman Aqualung Grande Date | \$3.400 \$10.500 |
| Resin, Wladimir | Stellvertretender Bürgermeister von Moskau | | GreubelForshey, Double Tourbillon 30 DeWitt, La Pressy Grande Complication | \$360.000 SFr. 1.044.800 |
| Rosljak, Jurij | Stellvertretender Bürgermeister von Moskau | | Breitling | SFr. 2.890 |
| Schanzew, Walerij | Gouverneur des Gebiets Nishnij Nowgorod | 4,57 Mio. Rbl/ 103.393,67 € | Rado Integral bicolor | SFr. 1.800 |
| Setschin, Igor | Stellvertretender Ministerpräsident | 3,67 Mio. Rbl/ 83.031,67 € | Girard-Perregaux, Laureato Chronographe »Monte-Carlo 1984« | SFr. 15.100 |
| Stepaschin, Sergej | Vorsitzender des Rechnungshofes | | Rado Integral bicolor | SFr. 1.800 |
| Surkow, Wladislaw | Stellvertretender Vorsitzender der Präsidentialverwaltung | 3,89 Mio. Rbl/ 88.009,05 € | Piaget, Altiplano Ultra-Thin | \$9.300 |
| Schuwalow, Igor | Erster Stellvertretender Ministerpräsident | 4,76 Mio. Rbl/ 107.692,31 € | Panerai Luminor Marina Automatic | 4.200 € |
| Titow, Konstantin | Mitglied des Föderatonsrats | | Eberhard & Co., Chrono 4 Temerario | \$6.500 |
| Tolokonskij, Wiktor | Gouverneur des Gebiets Nowosibirsk | | Omega De Ville Prestige Automatic | 108.400Rbl/ 2.452 € |
| Tschemesow, Sergej | Generaldirektor von »Rostechnologij« | | Rolex, Oyster Perpetual GMT Master II | \$31.500 |
| Tschubajs, Anatolij | Leiter von Rosnanotechnologij | | Ulysse Nardin GMT +/- Big Date | SFr. 20.500 |
| Uljukajew, Aleksej | Erster Stellvertretender Vorsitzender der Zentralbank | | Patek Philippe, Chronograph Annual Calendar ref.5960 | \$78.800 |
| Sjunganow, Gennadij | Führer der Dumafraktion der KPRF | | Omega De Ville Prestige quartz | 76.800Rbl/ 1.737 € |

Quelle: Photogalerie Vedomosti, 26.10.2009 <http://www.vedomosti.ru/photogallery/6716/>, 27. Oktober 2009; Gehaltsangaben in Euro errechnet aufgrund eines Mittelwerts für 2009: 1 € = 44,2 Rbl; Uhrenpreise durch Vedomosti anhand von Katalogen ermittelt.

Chronik

Vom 1. bis zum 22. April 2010

| | |
|---------------|--|
| 1.4.2010 | In Naltschik (Kabardino-Balkarien) wird eine Person, angeblich Angehöriger einer illegalen Gruppe, bei einer Spezialoperation der Sicherheitskräfte getötet. |
| 1.4.2010 | Im Bezirk Chasawjurt (Dagestan) werden bei der vorzeitigen Explosion einer Bombe zwei Personen getötet und eine verletzt. |
| 2.4.2010 | Der russische Fernsehsender »Kultura« zeigt Andrzej Wajdas Spielfilm »Katyn« über die Ermordung polnischer Offiziere durch sowjetische Stellen. |
| 4.4.2010 | Etwa 60 Personen nehmen in Moskau an einer Demonstration gegen Polizeigewalt teil. Sie protestieren dagegen, dass ein Student von der Polizei verprügelt und dann wegen Widerstand gegen die Staatsgewalt zu 12 Jahren Haft verurteilt wurde. |
| 6.4.2010 | Ministerpräsident Wladimir Putin löst den Leiter des Föderalen Steuerdienstes, Michail Mokrezow, ab und ersetzt ihn durch Michail Mischustin. Mokrezow wird zum Leiter des Apparats des Verteidigungsministers ernannt. |
| 6.4.2010 | Gazprom teilt mit, dass der Bau der Nord Stream-Pipeline begonnen hat. |
| 6.4.2010 | Anatolij Dobrynin, langjähriger sowjetischer Botschafter in den USA, seit 1966 Kandidat, ab 1971 Vollmitglied des Politbüros der KPdSU, 1986 Sekretär des ZK stirbt im Alter von 90 Jahren. |
| 7.4.2010 | Vor der kirgisischen Botschaft in Moskau demonstrieren Angehörige der kirgisischen Diaspora in Unterstützung der Opposition in Kirgisien. Sprecher der Opposition erbitten russisches Eingreifen. Die russische Luftwaffenbasis in Kant verstärkt die Sicherheitsvorkehrungen. |
| 7.4.2010 | Anlässlich des 70. Jahrestages des Massenmords an polnischen Offizieren ehren der russische Ministerpräsident Wladimir Putin gemeinsam mit seinem polnischen Amtskollegen Donald Tusk die Opfer und verurteilen das Verbrechen. |
| 7.4.2010 | In Baksan (Kabardino-Balkarien) feuern Unbekannte aus einem fahrenden Wagen auf eine Polizeistreife. Zwei Polizisten werden getötet. |
| 8.4.2010 | In Prag unterzeichnen Präsident Dmitrij Medwedew und sein amerikanischer Amtskollege Barack Obama den Folgevertrag für das START I-Abkommen. |
| 10.4.2010 | Die Maschine der polnischen Regierungsdelegation, die sich auf dem Weg zu den russisch-polnischen Gedenkfeierlichkeiten in Katyn befindet, stürzt bei der Landung in Smolensk ab. Alle 98 Insassen werden getötet, darunter auch der polnische Präsident Lech Kaczynski. |
| 12.4.2010 | In Moskau wird der Richter Eduard Tschuwaschow von Unbekannten erschossen. Tschuwaschow hatte in der Woche zuvor drei Rechtsextremisten wegen Hassverbrechens verurteilt. |
| 13.4.2010 | Präsident Dmitrij Medwedew nimmt am internationalen Gipfel zur nuklearen Sicherheit in Washington teil. |
| 14.4.2010 | Präsident Dmitrij Medwedew setzt per Erlass eine nationale Strategie und einen nationalen Plan zur Bekämpfung von Korruption in den Jahren 2010–11 in Kraft. |
| 14.–15.4.2010 | Staatsbesuch Präsident Dmitrij Medwedews in Argentinien. In Gesprächen mit seiner argentinischen Amtskollegin Cristina Kirchner, werden Fragen des Handels und der Energiekooperation erörtert. |
| 16.4.2010 | Präsident Dmitrij Medwedew nimmt in Brasilien am Gipfeltreffen der BRIC-Staaten teil. |
| 16.4.2010 | Bei Martan-Uru (Tschetschenien) eröffnen Unbekannte das Feuer auf zwei Fahrzeuge. Ein Polizist und eine weitere Person werden getötet. |
| 18.4.2010 | In Moskau demonstrieren ca. 100 Autofahrer in ihren Fahrzeugen gegen Offizielle und Prominente, die mit Blaulichtern Sonderrechte im Verkehr beanspruchen. |
| 18.4.2010 | Präsident Dmitrij Medwedew nimmt an der Beerdigung des verunglückten polnischen Staatspräsidenten Lech Kaczynski in Krakau teil. |
| 18.4.2010 | In Machatschkala eröffnen Unbekannte an einer Straßensperre das Feuer auf Polizisten. Zwei Polizisten werden getötet. |

| | |
|-----------|---|
| 19.4.2010 | Im Föderalbezirk Nordkaukasus wird eine Taskforce zur Bekämpfung des Terrorismus gebildet, an der der Inlandsgeheimdienst FSB, das Innenministerium und das Strafverfolgungskomitee der Generalstaatsanwaltschaft beteiligt sind. |
| 19.4.2010 | Islam Karimow, der Präsident von Usbekistan, führt in der Nähe von Moskau informelle Gespräche mit seinem russischen Amtskollegen Dmitrij Medwedew. Thema ist die Entwicklung in Zentralasien nach dem Umsturz in Kirgisien. |
| 20.4.2010 | Ministerpräsident Wladimir Putin trägt in der Duma den jährlichen Bericht über die Arbeit der Regierung vor. |
| 20.4.2010 | Zehn Autofahrer demonstrieren auf dem Moskauer Kutusow-Prospekt gegen VIP-Fahrzeuge mit Sonderkennzeichen und Blaulicht. Demonstranten und Journalisten werden von der Polizei gestoppt und verschiedener Verkehrsvergehen bezichtigt. |
| 20.4.2010 | In Moskau nehmen 1.000 Personen in einem Marsch »Islam gegen Terror« teil, der von dem Russischen Kongress der Völker des Nordkaukasus und dem »Orthodoxen Korps« der Jugendorganisation »Unsere« organisiert werden. |
| 20.4.2010 | Der russische Verteidigungsminister Anatolij Serdjukow empfängt Menschenrechtler und Vertreterinnen der Organisation der Soldatenmütter. Bei dem Treffen werden Fragen der Wehrpflicht und innere Probleme der Streitkräfte erörtert. |
| 21.4.2010 | Der Oberste Gerichtshof folgt einer Beschwerde der Menschenrechtsorganisation »Memorial« und ordnet an, dass das Moskauer Stadtgericht neuerlich darüber verhandelt, ob die Militärstaatsanwaltschaft das Verfahren im Fall der Erschießungen von Katyn im Jahre 1940 zu Recht eingestellt hat. |
| 21.4.2010 | In Charkow findet in Anwesenheit der Präsidenten Dmitrij Medwedew und Viktor Janukowitsch ein Treffen der politischen Führer der Grenzregionen Russlands und der Ukraine statt. |
| 21.4.2010 | Der russische Präsident Dmitrij Medwedew und sein ukrainischer Amtskollege Wiktor Janukowitsch unterzeichnen ein Abkommen über die Verlängerung der Stationierung der russischen Schwarzmeerflotte in der Ukraine um 25 Jahre. |
| 21.4.2010 | In Kabardino-Balkarien kommt es zu einem Feuergefecht, als Sicherheitskräfte ein Fahrzeug an einer Straßensperre anhalten. Im Laufe der Schießerei fängt der Wagen Feuer und explodiert. Die beiden Insassen werden getötet. |
| 22.4.2010 | Präsident Dmitrij Putin schlägt dem Regionalparlament von Lipezk den amtierenden Gouverneur, Oleg Koroljow, zur Wiederwahl vor. |

Die Russland-Analysen werden vom Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft unterstützt.

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft



Herausgeber: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde

Die Meinungen, die in den Russland-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion und technische Gestaltung: Matthias Neumann, Heiko Pleines, Hans-Henning Schröder

Russland-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu

Die Russland-Analysen werden im Rahmen der Datenbank World Affairs Online (WAO) ausgewertet und sind im Portal IREON www.ireon-portal.de recherchierbar.

ISSN 1613-3390 © 2010 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft



■ Der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft arbeitet seit 1952 aktiv daran, die Handels- und Investitionsbedingungen für deutsche Unternehmen in über 20 Ländern des östlichen Europas und Zentralasiens zu verbessern.

■ Unsere Konferenzen und Fachseminare informieren Sie über aktuelle Entwicklungen zwischen Zagreb und Wladivostok.

■ Wir sind die Stimme der deutschen Wirtschaft in bilateralen Gremien und vernetzen Wirtschaft und Politik durch die Organisation exklusiver Wirtschaftsgespräche und Delegationsreisen.

■ Mit unseren Projekten fördern wir die marktwirtschaftliche Entwicklung in Osteuropa und investieren in die Aus- und Weiterbildung junger Menschen.

Weitere Informationen zu unseren Veranstaltungen, Publikationen und zur Mitgliedschaft im Ost-Ausschuss finden Sie unter: www.ost-ausschuss.de

Brücke zu den Zukunftsmärkten

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft

Lesehinweis

Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa auf www.laender-analysen.de

Caucasus Analytical Digest

Der Caucasus Analytical Digest bietet einmal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema.

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/cad/>

Polen-Analysen

Die Polen-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Russland-Analysen

Die Russland-Analysen bieten vierzehntägig eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Wochenchronik aktueller politischer Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Russian Analytical Digest

Der Russian Analytical Digest bietet zweimal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema.

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/rad/>

Ukraine-Analysen

Die Ukraine-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Zentralasien-Analysen

Die Zentralasien-Analysen bieten monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: zentralasien-analysen@dgo-online.org

Bibliographische Dienste

Die vierteljährlich erscheinenden Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Polen, Russland, Tschechischer und Slowakischer Republik, Ukraine sowie zu den zentralasiatischen und kaukasischen Staaten. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de